

Christoph Nübel

Krise ohne Ende? Kriegserwartungen und Kriegsbereitschaft in Europa vor dem Ersten Weltkrieg





Christoph Nübel

**Krise ohne Ende?
Kriegserwartungen und
Kriegsbereitschaft in
Europa vor dem Ersten
Weltkrieg**

2. und 3. Umschlagseite: Europa ca. 1899. D. H. Lange „Volksschul-Atlas“,
Braunschweig, 1899

<http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Europa1899.JPG>

Christoph Nübel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

Landeszentrale für politische Bildung Thüringen
Regierungsstraße 73, 99084 Erfurt
www.lzt-thueringen.de
2014

ISBN: 978-3-943588-37-8

Inhalt

Einführung	5
I. Ein neues Kriegsbild: Der nationale Volkskrieg	13
II. Die Politik der Großmächte	19
Gefährliche Ideen in der internationalen Politik	19
Bündnisse und bedrohte Sicherheit	21
Kriegspläne	25
III. Kriegsbilder und Kriegserwartungen in Europa	31
Pazifistisches Denken und Kritik am Krieg	32
Kriegsliteratur	36
Militarismus	39
„Pressekriege“, Verbände und Parteien	41
IV. Krise oder Krieg? Europa 1911–1914	55
Europa, bedingt kriegsbereit	57
Literatur	61

Einführung

Am 20. Mai 1914 brauste ein Auto nach Berlin. Auf dem Rücksitz saßen zwei Herren, die ein sehr ernstes Gespräch führten. Sie kamen von einem Treffen mit Kaiser Wilhelm II. in Potsdam, der die bedeutendsten Politiker und Militärs des Deutschen Reiches zu einem Empfang in das Neue Palais geladen hatte. Was der Staatssekretär im Auswärtigen Amt Gottlieb von Jagow von dem Generalstabschef Helmuth von Moltke zu hören bekamen, klang nach einer düsteren Vision. Nach den Notizen, die Jagow später anfertigte, sagte Moltke, die „Aussichten in die Zukunft bedrückten ihn schwer. In zwei bis drei Jahren werde Russland seine Rüstungen beendet haben. Die militärische Übermacht unserer Feinde wäre dann so groß, dass er nicht wüsste, wie wir ihrer Herr werden könnten. Jetzt wären wir ihnen noch einigermaßen gewachsen. Es blieb seiner Ansicht nach nichts übrig, als einen Präventivkrieg zu führen, um den Gegner zu schlagen, solange wir den Kampf noch einigermaßen bestehen könnten. Der Generalstabschef stellte mir demgemäß anheim, unsere Politik auf die baldige Herbeiführung eines Krieges einzustellen“.¹

War die Lage denn so ernst? War der europäische Krieg unvermeidlich, so dass es allein noch auf die Frage ankam, wann er geführt werde?

Tatsächlich kann man nach einem oberflächlichen Blick auf die Lage Europas den Eindruck gewinnen, dass der Erste Weltkrieg, der nur wenige Monate später ausbrach, eine logische Konsequenz einer endlosen Reihe von Krisen war, die

1 So der Wortlaut der Notizen Jagows, zitiert nach Stig Förster, Russische Pferde. Die deutsche Armeeführung und die Julikrise 1914, in: Christian Th. Müller/Matthias Rogg (Hg.), Das ist Militärgeschichte! Probleme – Projekte – Perspektiven, Paderborn 2013, 63–82, 75.

den Kontinent seit der Jahrhundertwende immer häufiger erschütterten. Sie entstanden, weil das politische Handeln von gefährlichen Ideen geprägt war. Die Großmächte setzten auf eine herausfordernde Machtpolitik, mit der sie nationales Prestige gewinnen und ihre Sicherheit gewährleisten wollten. Dabei spielten die Bündnisse eine zunehmend wichtige Rolle. In den zehn Jahren vor Kriegsausbruch hatten sich zwei Bündnissysteme herausgebildet: Der Dreibund mit Deutschland, Italien sowie Österreich-Ungarn auf der einen und die Triple Entente zwischen Frankreich, Großbritannien und Russland auf der anderen Seite. Zwischen Deutschland und Großbritannien gab es wegen der deutschen Flottenpolitik latente Spannungen. 1905/06 und 1911 beunruhigten zwei Marokkokrisen die internationale Politik, bei denen Deutschland und Frankreich um Einfluss in Nordafrika rangen. Ganz ähnliche Auswirkungen hatte die Bosnische Annexionskrise. Sie sorgte 1908 für diplomatische Unruhe, nachdem sich Österreich-Ungarn einige Balkanterritorien einverleibt hatte. In der Winterkrise 1912/13 mobilisierte Russland sogar seine Truppen an der gemeinsamen Grenze mit der Habsburgermonarchie und beschwor so eine reale Kriegsgefahr herauf. Zwischen 1911 und 1913 ereigneten sich darüber hinaus drei Kriege, in denen zunächst Italien, dann durch das aggressive Vorgehen Italiens ermutigt auch Balkanstaaten wie Bulgarien und Serbien den Machtbereich des wankenden Osmanischen Reiches weiter zurückdrängten. Die Kämpfe auf dem Balkan forderten die Interessen der konkurrierenden Mächte Österreich-Ungarn und Russland mitsamt ihrer Bündnissysteme heraus. Dazu kamen Unruhen an der Peripherie Europas, in denen Gewalt eine Option politischen Handelns war: In Spanien mündeten innenpolitische Konflikte, die durch die Niederlage im Krieg gegen die USA 1898 verstärkt und aktualisiert wurden, häufig in Gewalttaten mit zahlreichen Todesopfern. 1907 unterdrückte Rumänien gewaltsam einen Bauernaufstand, was etwa 11.000 Menschen das Leben kostete. Schließlich drohte 1913 in Irland ein Bürgerkrieg, was

die britische Politik beschäftigte. In ihren Kolonien zögerten die europäischen Mächte ohnehin selten, Aufstände mit Waffengewalt zu bekämpfen. Aus dieser Perspektive erscheint Europa als ein gefährlicher Hexenkessel, wo hochgerüstete Großmächte nur darauf warteten, übereinander herzufallen.

Gleichwohl lohnt es sich, das Offensichtliche zu hinterfragen und genauer auf die Situation Europas zwischen 1900 und 1914 zu schauen. Man sollte diese Epoche nicht zu einer reinen Vorkriegszeit reduzieren, also nur die zweifellos vorhandenen Konflikte betonen oder allein auf die kriegerische Stimmungsmache einiger Politiker schauen. Natürlich können wir unserer Perspektive nicht entkommen. Wir wissen, was seit dem 1. August 1914 geschehen ist und haben deshalb den Hang, alle vorherigen Ereignisse daraufhin abzuklopfen, inwieweit sie zum Ausbruch des Krieges beigetragen haben. Das ist natürlich legitim, verstellt aber ein Stück weit den Blick auf die Epoche, deren Vielfalt man so kaum gerecht werden kann. Man ist dann geneigt, die umfassende Kriegskritik der Zeit zu übersehen und damit all das zu ignorieren, was gegen einen Kriegsausbruch 1914 spricht – und das ist nicht wenig, wie wir aus den Aufzeichnungen von denen wissen, die damals bereits die Ereignisse mit wachem Blick beobachtet haben. Sehr lange haben sich auch die Historiker, die sich im Grunde seit 1914 mit der Frage beschäftigen, wie es zu 1914 kam, die Vorkriegs-Brille aufgesetzt. Sie interessierten sich vor allem dafür, wie es zum Kriegsausbruch kam und wer letztlich die Kriegsschuld trug.

An dieser langen Debatte kann man gut erkennen, wie sehr Geschichtsschreibung mit dem Zeitgeist verwandt ist. Im Versailler Vertrag, den das geschlagene Deutsche Reich 1919 unterzeichnen musste, hielten die Siegermächte im sogenannten „Kriegsschuldartikel“ 231 fest, dass ihnen der Krieg „durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde“. Damit fällten die im Schloss von Versailles versammelten Politiker und Militärs ein Urteil, das eigentlich in den Zuständigkeitsbereich der Historiker fällt:

Wer war schuld an einem Krieg, der zwischen 6 und 13 Millionen Menschen (die Schätzungen schwanken da erheblich) das Leben gekostet hat? Weil das Vertragswerk mit dem Kriegsschuldartikel die Frage der Entschädigungszahlungen für die umfassenden Zerstörungen des Krieges lösen wollte, ist Artikel 231 vor allem als ein politisches Instrument zu betrachten: Der Verursacher der Schäden – nach der Versailler Interpretation das Deutsche Reich (mit Österreich wurde ein separater Vertrag geschlossen) – musste auch für die Reparaturen aufkommen. So war ein im Grunde geschichtswissenschaftliches Thema zu einem Politikum geworden. Das erklärt, weshalb die Veröffentlichungen zum Kriegsausbruch in der Zwischenkriegszeit oftmals weniger nüchternen historiographischen Abhandlungen glichen, sondern mit aktuellen politischen Argumenten aufgeladen waren. Die Diskussion um die Rechtfertigung und Höhe der Reparationszahlungen vergiftete das Klima in der Weimarer Republik und blieb ein Zankapfel zwischen Nationalisten, die Zahlungen grundsätzlich ablehnten, und Republikanern, die durch die Erfüllung der Verpflichtungen eine Normalisierung der innen- und außenpolitischen Verhältnisse erreichen wollten. In all den Untersuchungen und Aktensammlungen, die in dieser Zeit publiziert wurden, ist das Bemühen zu erkennen, die politische Frage der Kriegsschuld mit wissenschaftlichen Mitteln zu beantworten. In den meisten von ihnen zeichneten sich auch nach 1918 noch die Frontstellungen des Ersten Weltkrieges ab. Die Dokumentsammlungen zum Kriegsausbruch, die in den beteiligten Staaten erschienen, versuchten, die eigene Unschuld zu belegen und der Gegenseite schlechte Absichten zu unterstellen. Obgleich sie also als tendenziös zu betrachten sind, kann man sie auch heute noch für Forschungen benutzen – man muss sich nur der Tatsache bewusst sein, dass sie vor allem in den Kommentaren und Anmerkungen eine politische Botschaft enthalten.

Natürlich war in der aufgeheizten Atmosphäre der 1920er- und 1930er-Jahre, als die fatalen Kriegsfolgen das Leben der

Menschen spürbar beeinflussten, nur schwer an eine nüchterne Bewertung der Ereignisse zu denken. Einhundert Jahre später ist dies anders. Heute ist der Erste Weltkrieg ein fernes Ereignis, in Deutschland umso mehr, als er von den Schrecken des Zweiten Weltkrieges beinahe völlig überlagert wird. Und doch lohnt sich die Beschäftigung mit diesem Krieg, denn hier zeichnen sich jene Konflikte ab, die Weimar so belasteten, hier finden sich jene Mythen begründet, auf die sich die Nationalsozialisten immer wieder beriefen – Hitler selbst versäumte es selten, darauf hinzuweisen, dass er an der Front gekämpft hatte. Damit ist nur auf wenige Kontinuitätslinien hingewiesen. Wer vom Ersten Weltkrieg nicht reden will – so könnte man ein Wort Max Horkheimers abwandeln – sollte also auch vom Nationalsozialismus und dem Zweiten Weltkrieg schweigen.

Im Folgenden geht es darum, die Ereignisse vor über 100 Jahren zu schildern, ohne ihnen eine Zwangsläufigkeit hin zum Krieg zuzuschreiben. Dabei scheinen sich sogleich Widersprüche aufzutun. Glauben wir Jagow, dann hatte der deutsche Generalstabschef geraten, die „Politik auf die baldige Herbeiführung eines Krieges einzustellen“. In den Zeitungen finden sich unappetitliche Artikel wie jener in „Die Post“ vom 5. Januar 1913, in dem gefordert wurde, „die öffentliche Meinung auf den Krieg vorzubereiten“. Krieg sei durch die schwächliche Politik des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg ohnehin „unvermeidlich“, so das Blatt.² Wenn diese Äußerungen aus Politik und Presse darauf hindeuten, dass man einen Krieg erwartete oder zumindest forderte, ist merkwürdig, dass viele Quellen auch eine andere Sprache sprechen. Beispielsweise sind im Tagebuch des Konteradmirals Albert Hopman, der im Reichsmarineamt mit der Flotten-

2 Zitiert nach Wolfgang J. Mommsen, Der Topos vom unvermeidlichen Krieg. Außenpolitik und öffentliche Meinung im Deutschen Reich im letzten Jahrzehnt vor 1914, in: Jost Dülffer/Karl Holl (Hg.), Bereit zum Krieg. Kriegsmentalität im wilhelminischen Deutschland, Göttingen 1986, 194–224, 199.

politik betraut war und mit den Spitzen von Politik und Militär verkehrte, nach dem Mord am österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand in Sarajevo am 28. Juni 1914 zunächst keine Hinweise auf einen kommenden Krieg zu finden. Stattdessen berichtete er von der Sommerhitze, kühlenden Gewittern oder Besuchen im Park. Noch am 24. Juli schrieb er: „Auswärtiges Amt hält ernste Komplikationen in nächster Zeit nicht für wahrscheinlich.“³ Letztlich schien der Krieg für die meisten Zeitgenossen mit einer großen „Plötzlichkeit“⁴ eingetreten zu sein. Man war überrascht, als er dann wirklich da war.

Scheinbar rechneten die Menschen damals gar nicht mit einem Krieg, auch wenn sie beinahe täglich mit dem Militär konfrontiert waren, Pressestimmen eine Kriegsvorbereitung forderten und sich Politiker immer wieder mit der Bewältigung internationaler Krisen befassen mussten, die sie selbst ausgelöst hatten. Das ist in der Tat erklärungsbedürftig und lässt sich nur verstehen, wenn man versucht, das Denken und Handeln der damaligen Akteure nachzuzeichnen. Die vielfältigen und gegensätzlichen Stimmen der Zeit stimmen zumindest in einem Punkt überein: Wenn ein europäischer Krieg der Großmächte auch nicht als wahrscheinlich angesehen wurde, so schien er zumindest denkbar. Im Kriegsfall rechneten die führenden Politiker und Militärs mit einem zerstörerischen Kampf, für den die Mobilisierung der ganzen Nation notwendig sein würde. Doch würden die Menschen bereit sein, in den Krieg zu ziehen? Konnten Politiker und Militärs in Europa dann auf eine breite Zustimmung der Bevölkerung hoffen? Das schien zumindest fraglich, weil pazifistische Ideen auf Resonanz stießen und selbst radikale Nationalisten grundsätzlich den Wert des Friedens aner-

3 Albert Hopman, Das ereignisreiche Leben eines „Wilhelminers“. Tagebücher, Briefe, Aufzeichnungen 1901 bis 1920, hg. von Michael Epkenhans, München 2004, 395.

4 Sebastian Haffner, Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914–1933, 14.

kannten. Dieser Beitrag will solchen Fragen nachgehen. Dazu geht er auf die politischen Verwicklungen der Mächte ein und zeigt, welche Kriegsbilder zu Beginn des 20. Jahrhunderts verbreitet waren, welches Denken Politik und Militär prägte und was die breite Bevölkerung über Krieg und Kriegsgefahren wusste.

I. Ein neues Kriegsbild: Der nationale Volkskrieg

Im Winter 1912/13 wurde Europa von schweren Spannungen erschüttert, die der Balkankrieg ausgelöst hatte. In dieser bedrohlichen Situation – in kursierenden Depeschen sprachen die Diplomaten bereits von der Möglichkeit eines Krieges – verfasste der deutsche Generalstab eine Denkschrift, die sich mit den militärischen Zukunftsplanungen des Reiches befasste. Hier hoben die Militärs die Bedeutung der deutschen Allianzpartner, neben Italien war das vor allem Österreich-Ungarn, hervor und betonten: Nur „wenn das gesamte Volk von der Erkenntnis durchdrungen ist, daß mit der Schädigung der Bundesgenossen auch die eigenen Lebensinteressen gefährdet sind, wird die Opferwilligkeit in ihm aufleben, deren jeder Staat [...] bedarf, um einen energischen Krieg führen zu können“. Sollte es auf dem Kontinent zum Krieg kommen, müsse man „den casus belli“ so „formulieren, daß die Nation einmütig und begeistert zu den Waffen greift“.⁵ Dieses deutsche Beispiel ist kein Sonderfall. Vielmehr lassen sich an der Denkschrift gefährliche Vorannahmen und Denkweisen erkennen, die bei allen europäischen Großmächten verbreitet waren. Sie wirkten sich auf die Politik aus und beeinflussten die Einstellungen vieler Zeitgenossen.

Zunächst zeigt das Dokument, dass man den Krieg – anders als heute – als selbstverständliche Tatsache betrachtete. Während kriegerische Handlungen heute durch ein komplexes internationales Rechtssystem reguliert und in

5 Abgedruckt in Erich Ludendorff (Hg.), *Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916/18*, 4. Aufl. Berlin 1922, 53f.

hohem Maße erklärungsbedürftig sind, waren die Hürden damals weitaus niedriger. Die häufigen Konflikte sowie die kalt und heiß geführten Auseinandersetzungen verschafften dem Krieg eine besondere Präsenz in der europäischen Politik. Überhaupt waren politische und militärische Entscheidungsträger, Professoren und Publizisten wie Heinrich von Treitschke (Deutschland) oder James Ram (Großbritannien) davon überzeugt, dass Krieg ein natürlicher Bestandteil der staatlichen Entwicklung sei. Die Kriegsdenkmäler in den europäischen Hauptstädten, die Siegestsäule in Berlin, die Nelsonssäule auf dem Londoner Trafalgar Square, der Arc de Triomphe in Paris oder die Alexandersäule in St. Petersburg, riefen jedem Passanten die kriegerische Vergangenheit der Nationen ins Gedächtnis. Krieg und Militär spielten in den Mythen und Symbolen europäischer Staaten eine wichtige Rolle und verschafften ihnen damit Traditionen und Legitimität. Die bewaffnete Macht verfügte vor allem in Deutschland, Frankreich und Österreich-Ungarn über ein großes Prestige. Sie wurde als Verkörperung der Nation gesehen, was den Wortmeldungen der Offiziere zusätzlich Nachdruck verlieh. Auch in Großbritannien, dessen kleine Armee traditionell von der Royal Navy in den Schatten gestellt wurde, begann sich das Bild der Streitkräfte zu wandeln. Die Weltmacht sorgte sich zusehends um das Empire, das auch durch die unsichere Lage auf dem Kontinent bedroht schien. Als Folge gewann auch hier das Heer an Ansehen. Das Militärische förderte den nationalen Zusammenhalt. Im Grunde beriefen sich alle Nationen auf eine kriegerische Geschichte, die nationale Helden hervorgebracht habe und zu denen man aufschauen könne. Warum das so ist, hatte der Franzose Ernest Renan bereits 1882 betont. Er bestimmte eine Nation als „eine große Solidargemeinschaft, getragen vom Gefühl der Opfer, die man gebracht hat, und der Opfer, die man noch bringen will. Sie setzt eine Vergangenheit voraus und läßt sie in der Gegenwart in eine handfeste Tatsache münden: in die Übereinkunft, den deutlich geäußerten Wunsch, das gemein-

same Leben fortzusetzen. Das Dasein einer Nation ist [...] ein Plebiszit Tag für Tag“.⁶ Die Idee des Nationalismus, die im 19. Jahrhundert ihren Durchbruch erlebte, bedurfte solcher Geschichten, um den Zusammenhalt zu fördern. Nur über solche Themen konnte die Vorstellung erwachsen, dass man auch mit völlig unbekanntem Menschen etwas gemeinsam habe – nämlich eine Vergangenheit und eine Zukunft. Der Nationalismus bedurfte solcher Erzählungen sogar so sehr, dass sie eigentlich erst in dieser Zeit bekannt gemacht und teilweise sogar erfunden wurden. Dabei bedienten sich die Europäer vor allem der militärischen Aspekte ihrer Vergangenheit. Die Deutschen hatten Hermann/Arminius, die Briten Boadicea, die Franzosen Vercingetorix. Angesichts dieser kriegerischen Geschichten verwundert es wenig, dass Militär und Krieg auch in der Gesellschaft allgegenwärtig waren.

In der Denkschrift des Generalstabs ist weiterhin erkennbar, dass man mit einem großen Krieg rechnete, bei dem es auf die gesamte Bevölkerung ankommen würde. Bereits zur Zeit Napoleons waren die Heere immer größer geworden. Es lässt sich sagen, dass die begrenzten Kabinettskriege des 18. Jahrhunderts mit Tausenden Soldaten geführt wurden, die Napoleonischen Kriege mit Hunderttausenden, der Erste Weltkrieg mit Millionen. Die verbreiteten Schlagworte vom „Volk in Waffen“ und der „Nation en armes“ spiegeln diese Auffassung wider. In der Tat verfügten die Großmächte auf dem Kontinent im Kriegsfall über Millionenheere, große Teile der männlichen Bevölkerung absolvierten den Wehrdienst (in Deutschland 50%, im schwächer bevölkerten Frankreich 85%). Selbst in Großbritannien, das traditionell eine kleine Freiwilligenarmee unterhielt, verbreitete sich die Ansicht, man müsse zu einer „nation in arms“ werden.⁷ Das rasante

6 Ernest Renan, Was ist eine Nation? Rede am 11. März 1882 an der Sorbonne, Hamburg 1996, 35.

7 Zahlen nach James Sheehan, Kontinent der Gewalt. Europas langer Weg zum Frieden, München 2008, 35.

Wachstum der Armeen ist einerseits auf einen immer stärker werdenden Staat, andererseits auf eine Ideologisierung und ein wachsendes politisches Bewusstsein breiter Bevölkerungsschichten zurückzuführen. Carl von Clausewitz, der große preußische Militärtheoretiker, schrieb dazu Anfang des 19. Jahrhunderts: „Der Krieg war plötzlich wieder eine Sache des Volkes geworden, und zwar eines Volkes von 30 Millionen, die sich alle als Staatsbürger betrachteten.“⁸ Diese neuen Staatsbürger forderten den politischen Staat und identifizierten sich zunehmend mit dem nationalisierten Staat. Jetzt, wo die Staaten über Massenheere geboten, war es auch nötig, dafür zu sorgen, dass die Bevölkerung den Kriegszielen zustimmte – denn sonst drohten Verweigerung, was die Kriegsbereitschaft und militärische Durchschlagskraft erheblich schwächen musste. Es konnte nicht mehr allein darum gehen, den Soldaten die geeigneten Waffen in die Hand zu geben, sie mussten vielmehr zumindest grundsätzlich davon überzeugt sein, dass es sich für die Nation zu kämpfen lohne.

Dies allerdings bedeutete, dass ein zukünftiger Krieg nicht mehr als ein begrenzter und kurzer Kabinettskrieg daherkommen würde. 1905 vermutete Moltke in einem Brief: „Es wird ein Volkskrieg werden, der nicht mit einer entscheidenden Schlacht abzumachen sein wird, sondern der ein langes mühevolleres Ringen mit einem Lande sein wird, das sich nicht eher überwunden geben wird, als bis seine ganze Volkskraft gebrochen ist, und der auch unser Volk, selbst wenn wir Sieger sein sollten, bis aufs äußerste erschöpfen wird.“⁹ Obwohl diese Ansicht von vielen Militärs geteilt wurde, gelang es zumindest in Deutschland nicht, die nötigen Vorbereitungen

8 Carl von Clausewitz, Vom Kriege, hg. von Werner Hahlweg, 16. Aufl., Bonn 1952, 686f.

9 Zitiert nach Stig Förster, Der Sinn des Krieges. Die deutsche Offizierselite zwischen Religion und Sozialdarwinismus, in: Gerd Krumeich/Hartmut Lehmann (Hg.), „Gott mit uns“. Nation, Religion und Gewalt im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Göttingen 2000, 193–211, 199.

zu treffen. Die Führung konnte sich nicht auf eine kostspielige und aufwändige Vorbereitung der Wirtschaft einigen, das Heer wurde zunächst nur sehr zögerlich verstärkt. Auch wenn öffentlich immer wieder von einem langen Krieg gesprochen wurde, fanden sich in der Öffentlichkeit Stimmen, die in beruhigender Weise davon sprachen, dass ein zukünftiger Krieg zwangsläufig kurz sein müsse, weil die Opfer und finanziellen Kosten zu hoch sein würden. Die modernen Armeen seien dazu in der Lage, eine rasche Entscheidung herbeizuführen. Das verringerte auch den Druck, konkrete Maßnahmen ergreifen zu müssen.

II. Die Politik der Großmächte

Gefährliche Ideen in der internationalen Politik

Die eingangs zitierte Denkschrift von 1912 macht auch deutlich, dass sich die meisten europäischen Staaten in militärischen Allianzen organisiert hatten. Das zeigt, dass sich das internationale System seit Otto von Bismarcks Zeiten völlig verändert hatte. Zwar gab es auch damals schon Bündnisse, doch war es das Ziel des bis 1890 amtierenden deutschen Reichskanzlers, mit den europäischen Mächten Großbritannien, Italien, Russland und Österreich-Ungarn grundsätzlich bündnisfähig zu bleiben und den Frieden durch ein komplexes Vertragssystem zu sichern. Es war eine flexible Ordnung, die grundsätzlich auf die Bestätigung des Status quo setzte. Einzig Frankreich, das im Krieg von 1870/71 geschlagen worden war und Elsass-Lothringen hatte abtreten müssen, kam in diesem offenen System nur als unversöhnlicher Gegner Deutschlands vor. Frankreich konnte sich mit dem Status quo nicht zufrieden geben.

Bereits gegen Ende der Bismarckschen Kanzlerschaft kamen in den 1880er-Jahren neue politische Denkweisen ins Spiel, welche die komplizierte Balance der europäischen Mächte gefährdete. Neben dem bereits erwähnten Nationalismus traten Sozialdarwinismus und Imperialismus auf. Sie waren eng miteinander verwoben. Der Sozialdarwinismus trug in erheblichem Maße dazu bei, dass sich Nationen als Konkurrenten begriffen. Er beruhte auf einer verkürzten und auf Gesellschaften übertragenen Lesart der Thesen Charles Darwins und ging davon aus, dass nur starke Staaten überleben würden. Der Sozialdarwinismus erhob Kampf und Macht zu den Leitlinien politischen Handelns, das auf

nationale Expansion ausgerichtet sein müsse. Nur wenige Politiker hingen den radikalen Formen des Sozialdarwinismus an, dennoch waren „Kampf ums Überleben“, „lutte pour la vie“ und „struggle for life“ Schlagworte, die politisches Denken und Handeln beeinflussten. An seine Seite trat die Ideologie des Imperialismus, die bereits die Zeitgenossen mit diesem Begriff kennzeichneten. Imperialismus lässt sich als „Drang [...] nach einem wachsenden Anteil an der Weltherrschaft“ verstehen, wie Heinrich Friedjung 1919 feststellte. Max Weber beobachtete schon 1898 ein „handelspolitisches Ausdehnungsbestreben“ der Mächte.¹⁰ Vor allem diese wirtschaftlichen Rivalitäten der Großmächte schienen sozialdarwinistische Annahmen zu bestätigen. In Deutschland und Großbritannien, weniger in Frankreich, ging man um 1900 davon aus, dass in Zukunft große Weltreiche entstehen würden. Man folgerte, dass allein Größe und Ressourcen der nationalen Einflussbereiche dafür entscheidend seien, welche Mächte das 20. Jahrhundert dominieren könnten. Die Weltreichslehre ist ein Beispiel für imperialistisches Denken, das sich als die weltweite wirtschaftliche, kulturelle, territoriale und machtpolitische Expansion vor allem der europäischen Nationalstaaten bezeichnen lässt. Es war der Imperialismus, der das von Bismarck geprägte Mächtesystem nachhaltig veränderte. Er sorgte dafür, dass sich die Großmächte regelmäßig irgendwo auf der Welt mit Soldaten gegenüberstanden. In ihrem Wettlauf um afrikanische Kolonien gerieten Frankreich und Großbritannien 1898 in einen Konflikt, der als Faschoda-Krise bekannt geworden ist. Beide erhoben Anspruch auf Gebiete im heutigen Sudan und begegneten sich mit bewaffneten Truppen, ein Aufschrei in der heimischen Presse beider Länder folgte. Großbritannien stand auch in einem Wettbewerb mit Russland, in dem es um die Vorherrschaft im mittleren Osten (Persien und Afghanis-

¹⁰ Beide Zitate bei Gregor Schöllgen/Friedrich Kiessling, Das Zeitalter des Imperialismus, 5. Aufl. München 2009, 1f.

tan) ging. In den Marokkokrisen von 1905/06 und 1911 rangen Deutschland und Frankreich um Einfluss in Nordafrika. All diese imperialistischen Konflikte, deren Reihe sich leicht verlängern ließe und die zum Teil in sehr entlegenen Weltgegenden stattfanden, hatten Rückwirkungen auf Europa und beeinflussten dort das Verhältnis der Mächte untereinander. Durch die imperialistische Politik wurden sie zu Gegnern. Ein Machtgewinn der einen Seite konnte den Machtverlust der anderen nach sich ziehen, zumal seit den 1890er-Jahren immer weniger Gebiete auf der Weltkarte nicht in die Einflussphäre einer Großmacht fielen. Für das Deutsche Reich und Italien, die spät in den imperialistischen Wettbewerb eingestiegen waren, blieben nur noch wenige Territorien übrig, die nicht schon von den Vormächten Frankreich oder Großbritannien (oder den anderen Newcomern USA und Japan) beansprucht wurden. Die etablierten Mächte empfanden die jetzt umso lauter angemeldeten Ansprüche auf Teilhabe an der Weltpolitik oftmals als ein ungerechtfertigtes Hineindringen in fremde Angelegenheiten, womit sich eine Frontstellung zwischen alten und neuen Kolonialmächten herausbildete.

Bündnisse und bedrohte Sicherheit

Nationalismus, Imperialismus und Sozialdarwinismus waren Ideen, die sich auf die europäische Politik auswirkten. Sie führten zu einem Denken, das die internationale Politik zu einem Wettkampf der Staaten machte, in dem Ansehen, Einfluss und Ehre sowie Raum und Ressourcen bestimmend waren. Als Folge betrieben die europäischen Großmächte eine selbstbezogene Prestige- und Machtpolitik, in der Krieg immer eine mögliche Option darstellte. Aber das taten sie zunehmend nicht allein. Sie suchten sich Bündnispartner, mit denen sie zumindest eine Teilidentität der Interessen verband. Nach 1900 gab es gleich mehrere revolutionäre Umbrüche. Am Ende hatte das Deutsche Reich, das bei Bis-

marcks Entlassung 1890 noch direkt oder auf Umwegen mit Großbritannien, Italien, Österreich-Ungarn und Russland verbündet war, allein noch die Habsburgermonarchie an seiner Seite (auf Italien rechneten Politiker und Militärs später immer weniger). Frankreich war nicht länger isoliert – wie es Bismarcks außenpolitischer Grundpfeiler gewesen war – sondern hatte die Briten und Russen als Partner gewonnen. Wie war es zu diesem großen „renversement des alliances“, wie dieser Wandel des Bündnissystems auch bezeichnet wird, gekommen?

Es führte sicherlich kein gerader Weg in diese Situation, vielmehr ist sie auf eine britische Grundsatzentscheidung, das französische Sicherheitsbedürfnis und Fehlkalkulationen der deutschen Außenpolitik zurückzuführen. Nach Bismarcks Entlassung hatten jene Kräfte freie Hand, die sich von den Lasten des russischen Bündnisses befreien und sich anderen Optionen öffnen wollten. Bereits 1892 ergriff das isolierte Frankreich daher die Gelegenheit, mit Russland erste Verträge über eine engere Zusammenarbeit abzuschließen. 1894 schlossen beide Mächte ein Defensivbündnis ab. Zu dieser Zeit begannen die britischen Politiker zu erkennen, dass die Idee der „splendid isolation“, die aus der Bündnislosigkeit Britanniens eine große Flexibilität in der Außenpolitik erreichen sollte, nicht weiter führte. Spätestens der Burenkrieg in Südafrika (1899–1902) hatte gezeigt, dass die Kräfte des Empire bereits in einem einzigen ernstem Konflikt erheblich angespannt waren. Traditionell setzte das Empire auf eine starke Flotte und ein schwaches Heer, das allerdings einem denkbaren Zusammenstoß mit anderen Großmächten nicht mehr gewachsen schien. Daraus zog das Außenministerium den Schluss, mit den weltpolitischen Gegnern einen Ausgleich zu suchen und somit Verbündete zu gewinnen. Nach Fashoda näherten sich Frankreich und Großbritannien schrittweise einander an. Weitere Konflikte konnten beigelegt werden, sodass es 1904 zum Abschluss der „Entente cordiale“ kam. Das war ein revolutionärer Akt, wenn man

bedenkt, dass Frankreich sein Bündnis mit Russland, das es zehn Jahre zuvor abgeschlossen hatte, auch gegen den Erzrivalen Großbritannien konstruiert hatte. Letztlich sahen die britischen und französischen Politiker die Vorteile, die ein Zusammengehen bot, zumal zur selben Zeit das Deutsche Reich mit seinen Flottenrüstungen und Expansionsbemühungen (das freilich vor allem auf wenig wertvolle Kolonien in Afrika und einige Inselgruppen im Pazifik beschränkt bleiben musste) auf sich aufmerksam machte. 1907 fand Großbritannien, derselben Maxime folgend, zu einem Ausgleich mit Russland über die Streitigkeiten in Asien. Dieser wurde 1908 mit einem Besuch König Edwards VII. beim Zaren gefeiert. Auch wenn die Briten abstritten, ein echtes Bündnis mit den Russen eingegangen zu sein, machten doch solche Treffen und die einvernehmlichen Militärparaden beider Länder deutlich, dass eine Annäherung stattgefunden hatte. Die Verständigung mit Russland war aus britischer Sicht umso zwingender, weil die britische Politik davon überzeugt war, dass das Zarenreich einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung erlebte. Ein Bündnis mit diesem bevölkerungsreichen und zunehmend mächtiger werdenden Staat erschien als nachhaltige Stärkung Großbritanniens, weil man zum einen keine Bedrohung Indiens mehr zu befürchten brauchte und zum anderen im Kriegsfall die Stärke Russlands auf der eigenen Seite wusste. Die Entente Großbritannien-Frankreich schloss sogar zunehmend intensive Militärplanungen ein, über die der britische General Henry Wilson zu einem intimen Freund des französischen Generals Ferdinand Foch wurde. Wilson ließ in seinen operativen Überlegungen wenig Zweifel darüber, wo der zukünftige Kriegsgegner stand. Regelmäßig war er mit dem Fahrrad in Grenzgebiet zwischen Belgien, Frankreich und Deutschland unterwegs, um das Schlachtfeld der Zukunft auszukundschaften.

Letztlich trug die deutsche Politik zur Festigung dieser von imperialistischer Interessenidentität und einem Sicherheitsdenken geprägten Bündnisse bei, wie sich am Beispiel der

Marokkokrise von 1905/06 zeigen lässt. Um 1900 zielte die französische Politik darauf, den formal unabhängigen nordafrikanischen Staat Marokko als Protektorat zu erwerben – grenzte es doch direkt an Algerien, das als Teil Frankreichs betrachtet wurde. Frankreich hatte Rückendeckung von Großbritannien, denn beide Mächte hatten sich zuvor auf eine Aufteilung der Interessensphären in Nordafrika geeinigt. Außerdem hatte sich Frankreich noch mit Spanien und Italien verständigt, die diese Gegend ebenfalls als ihren Hinterhof ansahen. Es war also politisch gut abgesichert, als die deutschfeindliche Fraktion der Politiker in Paris die Gelegenheit ergriff, den Einfluss des Reiches zurückzudrängen. Ganz offen setzte Frankreich den Sultan unter Druck, womit auch deutsche Wirtschaftsinteressen in diesem Gebiet berührt waren. Die Deutschen waren als einzige beteiligte Großmacht nicht in die französischen Vorbereitungen einbezogen worden. Rasch spitzte sich diese Frage zu einem Grundsatzkonflikt zwischen Deutschland und Frankreich zu. Politiker auf beiden Seiten versuchten, ihre Interessen durchzusetzen. Ende März 1905 besuchte sogar Wilhelm II. die Stadt Tanger und forderte, dass es in Marokko weiterhin eine „Politik der offenen Tür“ geben müsse. Die deutsche Führung wollte prüfen, wie fest die Entente wirklich war. Kurzzeitig sah es danach aus, als würde die französische Seite nachgeben. Doch im Abstimmungsverhalten auf der internationalen Konferenz von Algeciras 1906 zeigte sich, dass das Reich isoliert war. Nur Österreich-Ungarn vertrat die deutsche Forderung, Marokko für alle Mächte offen zu halten. Der britische Historiker Christopher Clark urteilt: „Es war [...] ein krasser Fehler gewesen, die multilaterale Lösung einer Frage zu fordern, die Frankreich bereits bilateral mit den meisten beteiligten Mächten gelöst hatte. Die deutschen Politiker hatten gefuscht.“¹¹ Die erste Marokkokrise demonstriert, dass Denken und Han-

11 Christopher Clark, Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog, München 2013, 214.

deln vieler Entscheidungsträger der Zeit von einem selbstbezogenen Nationalismus geprägt war. Hier war es vor allem die französische Politik, die es auf Machtexpansion und Prestigegewinn anlegte und die von Fehleinschätzungen des deutschen Auswärtigen Amts profitieren konnte. Den Deutschen gelang es nicht, eine Verfestigung der Entente aufzuhalten. Stattdessen zeigte sich, dass der Dreibund vor allem auf dem Papier bestand und Deutschland in seiner Variante der Weltpolitik zwischen Mächten isoliert war, die zumindest in diesem Fall die wesentlichen geopolitischen Fragen bereits unter sich ausgemacht hatten. All dies wurde 1911 von der zweiten Marokkokrise bestätigt, die zudem in Deutschland und Frankreich von einer nationalistischen Pressekampagne begleitet wurde, die das Klima zwischen beiden Nationen zeitweise vergiftete. Jetzt stellte sich Großbritannien für alle sichtbar auf die Seite Frankreichs. Das Wort vom Krieg lag in der Luft. Was hatte das für Folgen für die Politik der Großmächte?

Kriegspläne

Der französische Präsident Raymond Poincaré war sich im Januar 1914 ganz sicher: „In zwei Jahren wird der Krieg stattfinden. All mein Trachten ist darauf gerichtet, um uns dafür zu wappnen.“ Hierin stimmte er mit seinem Generalstabschef überein, der gegenüber den verbündeten Briten verlauten ließ, „dass es für Frankreich besser sein würde, wenn der Konflikt nicht zu lange herausgeschoben würde“.¹² Beide Äußerungen beruhten allerdings nicht auf der Sehnsucht nach einem alles entscheidenden Krieg, vielmehr entsprangen sie einem diffusen Bedrohungsgefühl, das in allen Entente- und Dreibundstaaten verbreitet war. Durch die Zweite Marok-

12 Zitiert nach Klaus Hildebrand, „Staatskunst und Kriegshandwerk“. Akteure und System der europäischen Staatenwelt vor 1914, Friedrichsruh 2005, 4.

kokrise war eine Phase allgemeinen Wettrüstens in Gang gesetzt worden, in dessen Zuge vor allem Deutschland und Frankreich 1913 ihre Armeen vergrößerten. Die Großmächte beäugten sich argwöhnisch.

Ähnlich wie in Deutschland, das Österreich-Ungarn unterstützte, war es 1912/13 in Frankreich Primat der Politik, die Bündnispartner an sich zu binden. Frankreich schloss mit Russland zahlreiche Militärkonventionen, da man davon ausging, Deutschland nur in einem Zweifrontenkrieg schlagen zu können. Die Generäle versprachen mit ihrem seit 1913 entwickelten Aufmarschplan „XVII“ und der „offensive à outrance“ im Kriegsfall militärischen Erfolg. Sie setzten die Politik unter erheblichen Druck, dem Zarenreich bei seinen Rüstungsbestrebungen zur Seite zu stehen. In St. Petersburg fürchtete man um den eigenen Großmachtstatus und akzeptierte daher die Bedingung des Bündnispartners, für die gewährten Kredite die Eisenbahnlinien im deutsch-russischen Grenzgebiet auszubauen. Im Kriegsfall konnten so der russische Aufmarsch erheblich beschleunigt und Frankreichs Offensivpläne realisiert werden.

Auch in Berlin setzte man auf die Offensive, sollte es zum Krieg kommen. Ein 1905 von General Alfred von Schlieffen entwickelte und immer wieder modifizierte Plan sah mit einiger Kühnheit vor, Frankreich zu schlagen, bevor der russische Aufmarsch abgeschlossen sein würde. Dann sollten die Truppen nach Osten geworfen werden. Der Ausbau der russischen Eisenbahnen weckte nun in Deutschland erhebliche Befürchtungen. Man sah die auch auf dem Schlieffenplan fußende militärische Überlegenheit des Reiches – die angesichts der scheinbar instabilen internationalen Lage die eigene Sicherheit gewährleisten sollte – schwinden. 1913 schrieb der deutsche Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg: „Am schwersten hat mich der Einblick belastet, den mich die Militärs in unsere Stärkeverhältnisse haben tun lassen. Man muß schon einen guten Teil Gottvertrauen haben, und auf die russische Revolution als Bundesgenossen rechnen,

wenn man einigermaßen gut schlafen will.“¹³ 1913 wurde Russland in Berlin auch wegen der französischen Bündnispolitik als Bedrohung wahrgenommen. Jetzt machten sich die Folgen der vorherrschenden Politik der nationalen Selbstbezogenheit bemerkbar. In Frankreich spielte es keine Rolle, dass seine Russlandpolitik in Deutschland das Bedrohungsgefühl wachsen ließ, diente diese Politik doch der nationalen Sicherheit. Ebenso wenig kümmerte es die deutsche Diplomatie, dass sie durch ihr ungeschicktes Lavieren in den Marokkokrisen ein negatives Bild Deutschlands gezeichnet hatte und Deutschland als Störenfried wahrgenommen werden konnte.

In dieser Situation kamen im deutschen Militär Forderungen nach einem Präventivkrieg auf, solange Deutschland seine Überlegenheit angesichts des europäischen Wettbewerbs noch nicht verloren hatte. Generalstabschef Helmuth von Moltke hielt Ende 1912 ähnlich wie der französische Stabschef „einen Krieg für unvermeidlich“ und forderte ihn rasch: „je eher, desto besser“.¹⁴ Bethmann Hollweg maß solchen Einschätzungen einiges Gewicht bei. Das Militär besaß Informationen über die militärischen Kapazitäten der Großmächte. Auf dieses Wissen hatte der Kanzler keinen unmittelbaren Zugriff. Deshalb machten die Warnungen, die Moltke 1914 gegenüber dem Staatssekretär Jagow während der Fahrt von Potsdam ausgesprochen hatte, so einen starken Eindruck auf Bethmann. Einige Historiker vermuten sogar, dass der Kanzler wegen solcher Äußerungen von der Unausweichlichkeit eines Krieges zunehmend überzeugt war und deshalb in der Julikrise 1914 die Weichen hin auf einen Krieg gestellt hat. In Berlin hatte er freie Hand, denn die übrigen Politiker und Militärs weilten im Urlaub. Es ist sehr

13 Zitiert nach Jost Dülffer, Kriegserwartung und Kriegsbild in Deutschland vor 1914, in: Wolfgang Michalka (Hg.), Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse, München, Zürich 1994, 778–798, 779.

14 Zitiert nach Förster, Der Sinn des Krieges, 201.

wahrscheinlich, dass Bethmann damit einem fatalen Missverständnis aufsaß, denn Moltke führte bevorzugt dann das Wort Krieg im Mund, wenn im Reichstag eine Debatte über die Rüstungspolitik anstand. Finanzpolitiker und konservative Offiziere bekämpften jedoch eine Vergrößerung des Heeres, die einen der Kosten wegen, die anderen, weil sie fürchteten, dass mit den neuen Soldaten auch sozialistisches Gedankengut ins Heer strömen würde. Sie bevorzugten ein kleineres Elitenheer, das Träger der monarchischen Idee war. Um entgegen solcher Widerstände der weiteren Aufrüstung die größtmögliche Unterstützung zu sichern, beschwor Moltke also die Kriegsgefahr. Auf diese Weise machte er einen Krieg zugleich wahrscheinlicher, denn er übersah keineswegs die Folgen, die seine Äußerungen auf die zivilen Politiker hatten.

Angesichts der krisenbehafteten Lage der internationalen Politik lässt sich bei allen Großmächten ein wachsender Einfluss des Militärs und des militärischen Denkens auf die Politik beobachten. Auch wenn bis zum Sommer 1914 alle politischen Krisen ohne Krieg beigelegt wurden, mussten die politischen Entscheidungsträger zumindest damit rechnen, dass es zukünftig zu einem Krieg kommen könnte. Man war sich einig, dass die absehbaren Folgen dieses Krieges katastrophal sein würden, weshalb vor 1914 keine Macht einen kalten Konflikt zu einem heißen werden ließ. „In einem zukünftigen Krieg, der ohne zwingenden Anlaß unternommen wird, steht nicht nur die Hohenzollernkrone, sondern auch die Zukunft Deutschlands auf dem Spiel“, fasste Bethmann im November 1913 die möglichen Konsequenzen zusammen.¹⁵ Krieg war um 1913 ein akzeptiertes Mittel der Politik, das allerdings keineswegs bedenkenlos ins Kalkül gezogen wurde (die Kolonien bildeten die große Ausnahme). Gleichwohl wollte man gewappnet sein. Allein das Militär, so schien es, könnte die nationale Sicherheit gewährleisten. Im Kriegsfall würde man auf die Lösungsvorschläge der Gene-

15 Zitiert nach Mommsen, Der Topos vom unvermeidlichen Krieg, 208 Anm. 27.

räle zurückgreifen müssen. Deshalb erhielten ihre Stimmen mehr Gewicht, je verfahrenener und bedrohlicher die internationale Lage wahrgenommen wurde. Nicht alle Militärs drängten auf einen Krieg, einige forderten ihn aber vernehmbar ein. Im Krieg sahen sie einen Ausweg aus den europäischen Krisen und auch eine Lösung für gesellschaftliche Probleme. Zumindest sie waren kriegsbereit. Doch galt das auch für die breite Bevölkerung?

III. Kriegsbilder und Kriegserwartungen in Europa

In den militärischen Planungen aller Großmächte wurde betont, dass der Krieg zumindest von der überwältigenden Mehrheit der Bürger unterstützt werden müsse – anders sei ein moderner Volkskrieg nicht zu gewinnen. Die Menschen mussten davon überzeugt sein, dass ihr Land eine gerechte Sache verfolge. Nur dann war damit zu rechnen, dass sie bereit waren, sich für die Nation einzusetzen, für sie zu leiden, zu kämpfen und sogar zu sterben. Im Folgenden gilt es, genauer zu bestimmen, welchen Stellenwert das Militärische in der Gesellschaft hatte und welche Kriegsbilder kursierten. Waren die Europäer bereit, sich im Kriegsfall in den entbehrungsreichen Kampf zu werfen? Waren sie sogar kriegsbegeistert? Auf den ersten Blick könnte man diesen Eindruck gewinnen. Der Sozialdarwinismus prägte nicht nur die Politik, sondern auch das Denken breiter gesellschaftlicher Kreise. Vor allem im Bürgertum wurde Krieg als Lösung für soziale Missstände gesehen. Mit Sorge stellte die sozialistische Internationale fest, dass Nationalismus und Militärbegeisterung auch in der Arbeiterschaft um sich griffen. Um 1900 erschienen zahlreiche Bücher, die einen zukünftigen Krieg zum Thema hatten. Auch Künstler widmeten sich dem Krieg. Das Militär verfügte in den meisten europäischen Staaten über ein hohes Ansehen und diente als Vorbild für Jugendorganisationen. Staatliche Festakte kamen kaum ohne Militärparaden aus, Veteranenverbände hielten die Erinnerung an vergangene Kämpfe aufrecht. Gleichwohl lässt sich diese große Präsenz des Militärischen nicht einfach als Zustimmung zum Krieg werten.

Pazifistisches Denken und Kritik am Krieg

1913 wurde in Den Haag der „Friedenspalast“ eingeweiht, in dem das auf den Haager Friedenskonferenzen ins Leben gerufene Schiedsgericht zur friedlichen Beilegung internationaler Konflikte seinen Sitz nahm. Die Konferenzen hatten 1899 und 1907 stattgefunden und waren von Ideen der Friedensbewegungen inspiriert worden. Diese Ideen hatten bereits eine längere Tradition. In den europäischen Gesellschaften verbreitete sich ein Denken, das die Folgen der politischen Krisen bekämpfen oder wenigstens abmildern wollte. Im 19. Jahrhundert hatten sich pazifistische Ideen Bahn gebrochen. Eine wachsende Zahl an Publizisten bestritt, dass der Krieg ein natürlicher und notwendiger Bestandteil der staatlichen Beziehungen sei. Zudem, so argumentierten sie, hätten Kriege schreckliche Folgen für die Gesellschaft. Solche Gedanken fielen auf fruchtbaren Boden. Die Napoleonischen Kriege hatten weite Teile Europas verwüstet, die kontinentale Wirtschaft in eine Krise gestürzt und zahlreiche Männer unter die Fahnen gezwungen. Einen solchen Krieg hatte es in Europa lange nicht gegeben. Diese Zeit brachte für weite Teile der europäischen Bevölkerung erhebliche Leiden mit sich und erklärt auch die Bereitschaft, in den Befreiungskriegen 1813–1815 gegen Napoleon zu kämpfen. An diese tragische Epoche erinnerte man sich gut. Sie bildete den Argumentationshintergrund für die Befürworter eines Friedens, die auch die neue Phase europäischer Kriege in den 1850er- und 1860er-Jahren mit einer kritischen Publizistik begleiteten. Vor allem Henri Dunants Bericht „Eine Erinnerung an Solferino“ (1862) machte Furore. Hier beschrieb er die Hilflosigkeit der Verletzten und die Schrecken der Schlacht, in der 1859 französische und italienische Truppen gegen Österreich fochten. Später wurde das Rote Kreuz gegründet, eine internationale Organisation, die die ärztliche Versorgung der Kriegsteilnehmer und ihre Schutzwürdigkeit im Falle einer Verwundung organisierte und durchsetzte. Überhaupt berich-

tete die Presse, die zunehmend eigene Korrespondenten auf die Kriegsschauplätze entsandte, ausführlich über die Feldzüge auf der Krim (1853–56), in Italien, Dänemark (1864), den deutschen Staaten und Italien (1866) und Frankreich (1870/71), um nur die bedeutsamsten innereuropäischen Konflikte zu nennen. Kriegsfotografen stellten ihre Aufnahmen in den Städten aus und zeigten den herbeiströmenden Interessierten das Gesicht der Schlacht. Krieg bedeutete entsetzliche Leiden, er zerstörte das wirtschaftliche Gefüge – das war im 19. Jahrhundert bekannt. Es wurde deutlich, dass man es zumindest nicht leichtfertig auf einen großen Krieg ankommen lassen sollte. Die Verfechter allgemeiner Menschenrechte teilten dieses Argument. Sie plädierten aus dem Geist der Aufklärung und des Humanismus dafür, zwischenstaatliche Konflikte durch ein eigens zu schaffendes und international durchsetzbares Völkerrecht zu regeln.

In der Folge kam es zu zwei Entwicklungen. Zum einen gründeten engagierte Bürger zahlreiche Gesellschaften, die unterhalb der großen Politik auf der staatlichen Ebene um Verständigung und Konfliktlösung warben. Allein zwischen dem Deutschen Reich und Großbritannien bestand ein enges Geflecht an solchen Organisationen, die häufig unmittelbar nach Krisen aus der Taufe gehoben wurden: Die Anglo German Association (gegründet 1897, nachdem Wilhelm II. in der so genannten Krügerdepesche einem Kriegsgegner der Briten zum Sieg gratuliert hatte), der Anglo German Union Club (gegründet 1905, ein Jahr nach der Unterzeichnung des britisch-französischen Bündnisvertrages) und später das Anglo-German Conciliation Committee (gegründet 1906 während der ersten Marokkokrise). Auch an der Universität Oxford gab es einen solchen Verein, den Hanover Club. In dieser „paradiplomatischen“ Organisation diskutierten deutsche und britische Studenten die internationale Lage, ohne sich unbedingt in der Beurteilung der Krisen und ihrer Auslöser einig zu sein. Als beispielsweise 1911 ein Redner über „den möglichen Verlauf des nächsten

Krieges“ sprach und darlegte, dass die französische Armee der deutschen überlegen sei, erhoben sich als Antwort gleich drei Studenten, die im kaiserlichen Heer gedient hatten, und betonten die Leistungsfähigkeit der deutschen Streitkräfte.¹⁶ Gleichwohl waren diese Vereine von einem echten Bemühen um Verständnis für die Gegenseite geprägt und beförderten den Austausch von Argumenten, wo ohne sie vor allem Schweigen geherrscht hätte. Das zeigt, dass es viele Formen bürgerschaftlichen Engagements gab, das darauf gerichtet war, einen Frieden zu propagieren oder zumindest einen Krieg zu vermeiden und auf internationale Entspannung hinzuwirken. Zum anderen bildete sich eine Friedensbewegung, die sich Ende des 19. Jahrhunderts auch immer besser organisierte und auch über Ländergrenzen hinweg vernetzte. Die 1889 gegründete „Interparlamentarische Union für internationale Schiedsgerichtsbarkeit“, die sich für Demokratisierung und Frieden einsetzte, traf sich beinahe jährlich irgendwo in Europa. Sie besteht noch immer. Andere Verbände organisierten Friedenskongresse, von denen zwischen 1889 und 1913 insgesamt 24 in verschiedenen europäischen Städten stattfanden, zuletzt 1913 in Den Haag. Die Friedensfreunde griffen zur Feder und legten eine Reihe von Büchern vor, die ein unbedingtes Kriegsdenken geißelten und für den Frieden warben. Die Debatte vermischte sich sogar mit feministischen Theorien. Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann erkannten im „Mannesgeist“, der die „Männerstaaten“ prägte, die Ursache des Militarismus. Nur durch einen grundsätzlichen sozialen und politischen Wandel, so schrieben sie, könne mit dem männlich dominierten Herrschaftssystem gebrochen werden, nur so ließen sich Krieg und Militarismus überwinden. Der liberale Politiker und Historiker Ludwig Quidde sah im Militarismus den „Feind der Kultur“ und geißelte den

16 Karsten Plöger, *The Hanover Club, Oxford (1911–13): Student Paradiplomacy and the Coming of the Great War*, in: *German History* 27 (2009), 196–214, 208.

„Geist der Bevormundung und der Unterordnung“, den er im Kaiserreich zu finden meinte.

Das waren in ihrer Tragweite gewiss Randpositionen. Von einer ganz anderen Warte hatte sich der Österreicher Alfred Hermann Fried für die Sache des Friedens engagiert und dafür 1911 sogar den Friedensnobelpreis erhalten. Zusammen mit der Pazifistin Bertha von Suttner war er Herausgeber einer Zeitschrift mit dem programmatischen Titel „Die Waffen nieder!“.¹⁷ 1892 hatte er die Gründung der Deutschen Friedensgesellschaft maßgeblich mit vorbereitet und später die Haager Friedenskonferenzen begleitet. 1910 veröffentlichte er ein Buch mit dem heute mysteriös klingenden Titel „Der Kaiser und der Weltfrieden“, das auch auf Englisch erschien. Für diese Ausgabe hatte der Bestsellerautor Norman Angell das Vorwort beigezeichnet, in dem er betonte, dass Wilhelm II. – der wegen seiner vieldeutigen und impulsiven Aussagen vor allem in Großbritannien zeitweise eine sehr schlechte Presse hatte – bisher Unrecht getan und missverstanden worden sei. Damit lagen Angell und Fried gar nicht falsch, denn jeder militaristischen oder sogar kriegstreiberischen Äußerung des Monarchen lässt sich eine zur Seite stellen, in der er seinem Willen zum Frieden Ausdruck gab. Wilhelm war, so Angell, Staatsoberhaupt eines Landes, das „beinahe als einzige der größten Nationen der Welt seit 40 Jahren durchgängig den Frieden aufrechterhalten hat“ (wie allgemein üblich vergaß er, die Kolonialkriege zu erwähnen). Der Kaiser zeige ein begrüßenswertes Interesse an der Außenpolitik und habe die „groteske Absurdität“ der gegenwärtigen internationalen Beziehungen mit ihren zahlreichen Krisen erkannt. Sein Vorwort schloss mit der Hoffnung, dass sich alsbald eine sachkundige europäische Öffentlichkeit ausbilden möge, die solche Probleme im gegenseitigen Verständnis angehen kön-

17 Das Blatt ist online abrufbar unter < <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?aid=dwn> >.

ne.¹⁸ Angell hatte selbst zum Entstehen einer solchen Öffentlichkeit beigetragen, denn sein Buch „The Great Illusion“ (1909/10) erschien unter anderem auch auf Deutsch und Französisch, Angell-Vereine und Debattierclubs beförderten die Verbreitung seiner Ideen. Dabei wäre es zumindest irreführend, sie mit dem Etikett „pazifistisch“ zu versehen. Angell hielt fest, dass die „Globalisierung“ (den Begriff gab es damals schon) die Nationen wirtschaftlich so sehr miteinander verflochten habe, dass die Kosten eines Krieges höher seien als der Gewinn, der zu erwarten wäre. Die wahre Stärke in der Weltpolitik basiere auf der Wirtschaft, mit der Territorien ausgebeutet und durchdrungen würden, nicht auf dem Militär. Aus dieser Sicht erschien ein Krieg weniger als moralisch verwerflich, sondern eher als nutzlos. Inspiriert von solchen Visionen schlussfolgerte der britische Historiker George P. Gooch, die Schriften der Pazifisten hätten allen vor Augen geführt, dass ein Krieg keinen materiellen Gewinn brächte. „We can now look forward with something like confidence to the time when war between civilised nations will be considered as antiquated as the duel, and when the peacemakers shall be called the children of God.“¹⁹ Die internationale Lage ließ jedoch auch gegenteilige Schlüsse zu.

Kriegsliteratur

Die pazifistische oder kriegskritische Publizistik hatte sich auch den Kampf gegen die umfangreiche Kriegsliteratur der Zeit auf die Fahnen geschrieben, die nach ihrer Ansicht nur die Kriegsbegeisterung befeuerte. Erstaunlich häufig nahmen die Kriegsromane jene Konstellationen vorweg, die

18 Alfred H. Fried, *The German Emperor and the Peace of the World*, New York, London 1912, v-xi, abrufbar unter < <https://archive.org/details/germanemperoran-00friedgoog> >.

19 George P. Gooch, *History of Our Time. 1885–1911*, New York, London 1911, 247f.

1914 Wirklichkeit wurden (wenn die Schlachtbeschreibungen auch weniger akkurat waren).²⁰ In den nach 1900 veröffentlichten britischen Romanen trafen vor allem Deutschland und Großbritannien aufeinander. Der bekannteste ist sicherlich Erskine Childers' „The Riddle of the Sands: A Record of Secret Service“ (1903). Auf den ersten Blick war er ein Teil der jetzt massenhaft erscheinenden Spionageromane, die vorgaben, dass gegnerische Agenten alles und jeden beobachten und das Gesehene und Gehörte über geheime Wege an fremde Hauptstädte weiterleiten würden. Childers Roman unterschied sich allerdings davon, weil er eine Spionagegeschichte mit einer Invasionsfurcht und besonderem Sachverstand kombinierte. Die Protagonisten durchsegeln die verschlungenen Friesischen Inseln, als sie von deutschen Marineschiffen gestoppt werden. Unter dem Schutz des Nebels gelingt es ihnen, Vorbereitungen für ein deutsches Landungsunternehmen in England aufzudecken. Die Botschaft des Buches war deutlich: Ein schwaches Heer und eine schwache Marine konnten nicht dazu in der Lage sein, eine Invasion abzuschlagen. Die Aussagen des vielfach verkauften Buches wurden von der Tatsache unterstrichen, dass Childers auch als namhafter Autor von Sachbüchern zu Militärfragen hervortrat. Da lag die Vermutung nahe, dass in der Fiktion eines Fachmannes zumindest ein Körnchen Wahrheit zu finden sei.

Zuweilen kam es auch zu publizistischen Auseinandersetzungen, etwa wenn deutsche Autoren auf den erfolgreichen französischen Band „La fin du empire allemand“ mit dem Buch „Die Errettung des Deutschen Reichs vom Untergang!“ (beide 1912) reagierten – natürlich mit einem ganz anderen Ausgang. Während der Autor der französischen Ausgabe den Sieg der eigenen Nation schilderte und den Untergang des Hauses Hohenzollern ausmalte, unterstrich die deutsche Ant-

20 Eine Bibliographie dieser Literatur ist Ignatius F. Clarke, *Voices Prophesying War 1763–1984*, London, New York, Toronto 1966.

wort, mit welcher Geschwindigkeit und Effizienz die deutsche Mobilisierung erfolgt sei. Die Masse der deutschen Armeen zwang Frankreich in die Niederlage, das einen „vernichtenden“ Frieden zu unterzeichnen gezwungen war.

Wenn auch viele dieser Bände einen deutlich nationalistischen und militaristischen Unterton hatten, zeigten sie auch die Brutalität eines modernen Krieges und warnten teilweise sogar vor dessen unkalkulierbaren Folgen. Im Roman „1906“, der einen Krieg zwischen dem Deutschen Reich und Großbritannien schilderte, sparte der Autor Ferdinand Grauthoff, der sich für die Veröffentlichung das Pseudonym „Seestern“ gegeben hatte, nicht mit grausigen Details. In einem Brief lässt er einen Soldaten an seinen Vater nach der Schlacht berichten: „Neben mir stand noch das englische Geschütz, über der Lafette lagen zwei tote Kanoniere, den Kopf in Todesstarre krampfhaft nach oben gebogen. Selbst meine durch die Schrecknisse der letzten Wochen gestählten Nerven vertrugen diesen Anblick nicht. Wie vier feurige Kohlen glotzten mich die gebrochenen Augen der Toten [...] an.“ Einem anderen Soldaten hatte eine Granate den „Kopf fortgerissen. Die Protze [ein Artilleriekarren] dahinter auf der Chaussee war in den Graben geschleudert, ihre Deichsel startete wie ein Galgen in die Luft, den Kopf des einen Pferdes wie mit dem Strick eines Henkers in die Luft zerrend.“²¹ Grauthoff entwarf damit ein apokalyptisches Szenario des Krieges, der weder Mensch noch Tier schonte. Er hielt für seine Leserschaft allerdings auch zwei politische Botschaften bereit. Gleich zu Beginn der Erzählung lehnt der Reichstag ein Gesetz zum Ausbau der Flotte ab, im Verlauf des Krieges werden Seeschlachten zwischen dem Reich und Großbritannien geschlagen, in denen die deutsche Flotte in den Grund gebohrt wird. Eine Vernachlässigung der Flottenrüstung, hieß das Erstens, würde automatisch zur Niederlage auf See führen. Interessant ist, dass

21 Ferdinand Grauthoff (unter dem Pseudonym „Seestern“), 1906. Der Zusammenbruch der alten Welt, 12. Aufl. Leipzig 1906, 105f.

Bücher mit ähnlichem Unterton schon Ende des 19. Jahrhunderts in Großbritannien erschienen waren. 1883 malte „The Battle of Port Said“ einen Zukunftskrieg zwischen Großbritannien und Frankreich aus, die damals wegen zahlreicher Territorialstreitigkeiten in ihren Kolonien aneinander geraten waren. Auch hier wurde angemahnt, dass die Briten unbedingt eine große und schlagkräftige Flotte aufbauen müssten. Grauthoffs zweite Lehre aus dem Krieg, der mit einem Verhandlungsfrieden endete, lautete nun: „Allein die Einigkeit der Völker Europas kann das, was ihnen verloren gegangen ist, die unbestrittene politische Macht und die Seeherrschaft auf dem Weltmeer wieder zurückgewinnen.“ Europa habe sich jedoch in einem verlustreichen Krieg selbst geschwächt. Jetzt werde die Welt von den Mächten regiert, die während des Krieges abseits standen. „Heute liegt der politische Schwerpunkt in Washington, Petersburg und Tokio.“²² Hier kann man einen frühen Aufruf zur Stärkung Europas lesen, das sich im Kampf um die globale Vorherrschaft zusammen tun solle. Beispiele wie diese zeigen, dass auch in den vermeintlich unpolitischen Romanen über die Zukunftskriege politische Inhalte stecken konnten.

Militarismus

Gegen pazifistische und kriegskritische Veröffentlichungen zogen Autoren zu Felde, die im Militär die bedeutendste gesellschaftliche Institution und die Stütze des Staates sahen. Für sie war Krieg eine Naturnotwendigkeit, nicht nur, weil sie Politik als einen Machtkampf betrachteten, sondern auch, weil sie ihn für die Entwicklung eines Volkes als bedeutsam erachteten. Offenbar sahen sich einige von ihnen in die Defensive gedrängt. „In weiten Kreisen der heutigen Kulturwelt hat der Krieg [...] eine Beurteilung gefunden, die

22 Ebd., IV.

geradezu eine Gefahr für die Wehrhaftigkeit der Staaten zu werden droht, indem sie den kriegerischen Sinn zu untergraben bemüht ist. Auch in Deutschland sind derartige Anschauungen weit verbreitet, und ganze Schichten unseres Volkes scheinen den idealen Schwung verloren zu haben, der die Größe seiner Geschichte ausmacht.“ Diese Formulierungen stammen von Friedrich von Bernhardt, dessen Buch „Deutschland und der nächste Krieg“ nach seinem Erscheinen 1912 im Folgejahr bereits seine 6. Auflage erlebte und sogar ins Englische übersetzt wurde. Es hat in der Geschichtswissenschaft lange als Blaupause für den radikalen Militarismus gedient, der in Deutschland vor dem Krieg geblüht habe. Tatsächlich geißelte Bernhardt das „unbedingte Friedensverlangen“, das er unter seinen Zeitgenossen beobachtete. Krieg sei stattdessen eine „biologische Notwendigkeit“. „Mensch sein heißt Kämpfer sein“, das „Recht der Eroberung ist auch allgemein anerkannt“, man könne „Krieg als eine sittliche Notwendigkeit betrachten“.

Obwohl sich zahlreiche solcher geschmackloser Passagen finden, war auch Bernhardt kein bedingungsloser Kriegstreiber, was lange übersehen worden ist. Er schrieb beispielsweise: „Innerhalb gewisser Grenzen wird niemand den Bestrebungen, die Kriegsgefahr zu verringern [...], einige Berechtigung absprechen.“²³ Ähnliche Formulierungen finden sich bei Heinrich Claß, dem Vorsitzenden des radikalnationalistischen Alldeutschen Verbandes, der in einem Buch mit dem programmatischen Titel „Wenn ich der Kaiser wär“ dazu aufrief: „Den Frieden lieben sollen alle“. Man müsse zwar zum Krieg bereit sein, was aber nicht bedeuten könne, „zum frechen Friedensbrecher“ zu werden, „nur um die größere Macht zu zeigen“. Einen mutwillig vom Zaun gebrochenen Angriffskrieg lehnte der Autor also ab. Auch wenn sich in den militaristischen Veröffentlichungen solche beschwich-

23 Friedrich von Bernhardt, Deutschland und der nächste Krieg, 4. Aufl. Stuttgart, Berlin 1912, 1, 8, 14f., 19f.

tigenden Passagen finden lassen, war der vorherrschende Grundton ein anderer. Diese Bücher legten den Schwerpunkt ihrer Darstellung darauf, die Notwendigkeit eines Krieges zu betonen. So fuhr auch Claß fort: „Den Frieden lieben aber heißt nicht, mutlos und ruheselig [...] Entscheidungen auszuweichen“. „Unsere Staatsmänner [...] sollen wissen, daß ihr Volk den Krieg nicht fürchtet“.²⁴

„Pressekriege“, Verbände und Parteien

Auch die Presse spielte eine wichtige Rolle, was die Kriegserwartungen und Kriegsbilder anging. Der Publizist Oswald Spengler sprach sogar von einem „Pressefeldzug“, womit er die „Fortsetzung – oder Vorbereitung – des Krieges mit anderen Mitteln“ meinte.²⁵ Haben Zeitungen zum Kriegsausbruch beigetragen? Zeitungen waren das zentrale Informationsmedium der europäischen Gesellschaften um 1900. Selbst in kleineren Städten wie Münster mit seinen 90.000 Einwohnern gab es zu dieser Zeit vier Zeitungen, die sich ganz auf ihr Zielpublikum eingestellt hatten. Berühmt war vor allem die Zeitungsvielfalt in den Metropolen Berlin, London und Paris. An den prächtigen Zeitungshäusern waren Schaukästen angebracht, in denen die aktuellsten Ausgaben hingen. Vor allem in den Großstädten hatte der Leser die Qual der Wahl, für welches Blatt er sich entscheiden sollte. Die große Konkurrenz sorgte dafür, dass die Blätter eigene Meinungen entwickelten und darum bemüht waren, ihren Lesern brandaktuell über das Geschehen vor Ort, aber auch in der ganzen Welt zu berichten. Deshalb erschienen die Zeitungen in der Regel morgens und abends, manchmal auch mittags. Dazu kamen

24 Heinrich Claß (unter dem Pseudonym „Daniel Frymann“), Wenn ich der Kaiser wär'. Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten, 4. Aufl. Leipzig 1913, 182f., abrufbar unter < <https://archive.org/details/Frymann-Daniel-Wenn-ich-Kaiser-waer> >.

25 Zitiert nach Dominik Geppert, Pressekriege. Öffentlichkeit und Diplomatie in den deutsch-britischen Beziehungen (1896–1912), München 2007, 7.

Sonderausgaben, die bei Eilmeldungen rasch gedruckt und von Zeitungsverkäufern, die die Neuigkeiten werbewirksam herausschrien, in den Straßen angeboten wurden.

Zu dieser Zeit erfuhren sogar die Bewohner einer Provinzstadt, wenn in der Südsee ein Vulkan explodierte oder in den Kolonien ein Aufstand ausbrach – auch wenn Nachrichten aus so entfernten Gebieten mitunter erst mit dem Postdampfer unterwegs waren. Irgendwann erreichte das Schiff jedoch eine Telegrafestation, die die Meldung dann über weite Entfernungen übermittelte. Sobald sie den zuständigen Journalisten erreichte, konnte dieser daraus einen Artikel machen, der dann in der Zeitung veröffentlicht wurde. Nachrichtenagenturen sorgten zusätzlich für eine Verbreitung von Informationen, indem sie die Redaktionen direkt mit dem Neuesten versorgten. Überhaupt war die nachrichtentechnische Vernetzung der Welt seit Mitte des 19. Jahrhunderts rasch vorangeschritten. Elektrische Telegrafen versandten codierte Botschaften (den Code hatte Samuel Morse eigens dafür entwickelt). Es gab sie zwar schon länger, aber erst jetzt war die Technik so ausgereift, dass man Telegrafen massenhaft produzieren und überall aufstellen konnte. Die Welt rückte zusammen. Seit 1857 versuchte man (zuerst wenig erfolgreich), Telegrafenkabel mit Schiffen quer durch den Atlantik zu legen. Um 1900 bestanden schon hunderte solcher weltweiter Verbindungen, zur selben Zeit gelang es, die drahtlose Telegrafie zu etablieren. Riesige Anlagen wurden errichtet, deren hohe Masten Nachrichten über Tausende von Kilometern übermitteln konnten. Beispielsweise konnte der Untergang der Titanic 1912 nur deshalb zu einem globalen Ereignis werden, weil die Zeitungen über die Details der Katastrophe informiert waren.

Zwar waren Details häufig falsch, weil Informationen nur bruchstückhaft eingingen, Korrespondenten sich erst ein Bild der Lage machen mussten und von den Augenzeugen widersprüchliche Aussagen kamen. Zuletzt musste der Journalist am fernen Schreibtisch aus all dem noch eine span-

nende Geschichte schreiben, wozu es auch ein wenig Fantasie bedurfte. Das änderte jedoch nichts daran, dass die meisten Europäer zu dieser Zeit über das Weltgeschehen so gut informiert waren wie nie zuvor. Wenn sogar Ereignisse im fernen Nordatlantik bekannt waren, lag es nahe, dass das Geschehen in den europäischen Hauptstädten und die politischen Entscheidungen, die dort getroffen wurden, ebenso rasch ihren Weg zum Zeitungsleser fanden wie etwa Informationen über die Balkankriege, deren Verlauf großes Interesse weckte. Tatsächlich waren die Zeitungen sogar zu einem politischen Faktor geworden. Manche Zeitgenossen sprachen von der Presse als neuer „Großmacht“ in Europa. Auch wenn diese Einschätzung übertrieben sein mag, ist doch nicht von der Hand zu weisen, dass Zeitungsartikel die öffentliche Meinung machten und abbildeten. Viele Politiker meinten deshalb damals (wie auch heute), das Meinungsbild der Presse in ihrer Politik berücksichtigen zu müssen. Die Explosion der öffentlichen Meinungsmacht bedeutete, dass die Politik im Wandel begriffen war. Politiker konnten nicht mehr allein unter ihresgleichen Politik machen, sondern waren gezwungen, sie nach außen zu erklären. Dabei mussten sie zwangsläufig auf die Pressemeinungen Bezug nehmen. Wilhelm II. beispielsweise pflegte sich täglich mehrere Stunden mit der Lektüre von Zeitungen zu beschäftigen, andere Politiker ließen sich morgens Dossiers der wichtigsten Artikel auf den Schreibtisch legen.

Tatsächlich bekamen sie da zuweilen haarsträubendes zu lesen. Die Hamburger Nachrichten schrieben 1913 einen „früher oder später unausbleiblichen Kampf zwischen Slawentum und Germanentum“ herbei, die Rheinisch-Westfälische Zeitung meinte, dass Frankreich zum Krieg rüste und „der Revanchekrieg für 1870“ bald zu erwarten sei.²⁶ Auch in den britischen Zeitungen ist eine ähnliche Stimmungsmache zu beobachten. Hier finden sich zahlreiche Überschriften

26 Zitiert nach Mommsen, *Topos*, 208 u. 210.

wie „The German Peril“ aus dem Quarterly Review (Juli 1908), der Standard berichtete im April 1914 über „Germany’s Spy System“. Die Zeitungen beschränkten sich aber nicht darauf, Artikel zweifelhaften Inhalts zu veröffentlichen. Vielmehr druckten sie die Erzählungen der Kriegsbücher als Fortsetzungsromane ab und verstärkten damit deren Wirkung. Auch Childers Texte waren in Zeitungen erschienen. Der Brite William Le Queux, der seinerzeit höchst erfolgreiche Autor von Abenteuerromanen (in jeder englischen Bücherei standen durchschnittlich 28 seiner Werke!), konzipierte 1906 in Zusammenarbeit mit dem Pressezaren Lord Northcliffe eine Geschichte, die eine Landung deutscher Truppen in Großbritannien im Jahr 1910 schilderte. Northcliffe legte die von Le Queux festgelegte Route des Invasionsheeres so um, dass sie durch die großen Städte führte und damit möglichst viele potentielle Zeitungskäufer ansprach. Le Queux selbst hatte im Gegensatz zu seinen Kriegsromanen aus den 1890er-Jahren eine Volte eingebaut: Statt gemeinsam mit Deutschland gegen ein russisch-französisches Bündnis zu kämpfen, war das Reich nun selbst der Kriegsgegner – ganz so, wie es die gegenwärtigen Bündnisse und Krisensituationen nahelegten. Der Fortsetzungsroman selbst schilderte die Deutschen als brutale Besatzer, die nicht vor Kindermord und Erschießungen zurückschreckten. Die reißerische Überschrift in der Daily Mail vom 20. Juni 1906 lautete: „Reign of Terror Increased. Wholesale Executions by Germans“.²⁷

Der britische Boulevard ist sicherlich ein extremes Beispiel, dennoch hatten solche Artikel wie ihre erwähnten deutschen Pendanten das Potential, schon vor einem Krieg handfeste Feindbilder zu kreieren und sogar die internationalen Beziehungen zu vergiften. Viscount Esher, der sich häufig mit dem britischen König traf, meinte 1910: „Die Spannungen zwischen Deutschland und England sind von den Zei-

27 Zitiert nach Geppert, Pressekriege, 307–310.

tungen gemacht, aber das ist trotzdem ein schwerwiegendes Problem.“²⁸ Auch der deutsche Reichskanzler Bernhard von Bülow war davon überzeugt, dass „die meisten Konflikte, welche die Welt im Laufe der letzten Jahrzehnte gesehen hat, [...] durch leidenschaftliche Erregung der öffentlichen Meinung“, durch „Presse und Parlament“ hervorgerufen worden seien.²⁹ In der Tat gab es Phasen, in denen die Erregung der Presse überall in Europa auf die Spitze getrieben war und tagtäglich chauvinistische Artikel erschienen, die für eine kraftvolle Außenpolitik gegenüber den Gegnermächten plädierten. Dennoch zeigen die Aussagen Eshers und Bülows, dass sich die Politiker davon nicht unbedingt beeinflussen ließen, sondern versuchten, sich ihre eigene Meinung zu bilden.

Und wie stand es mit der Einwirkung auf die Bevölkerung? Es ist sehr zweifelhaft, dass die politischen Entscheidungsträger eine regelrechte Kriegspropaganda betrieben, um die öffentliche Meinung auf einen Krieg vorzubereiten. Die europäischen Regierungen waren letztlich immer um eine diplomatische Beilegung der internationalen Krisen bemüht. Sie stachelten vor 1914 auch nicht gezielt die Kriegslust in der Öffentlichkeit an, um einen Präventivkrieg vorzubereiten. Kein Staat verfügte über einen Behördenapparat, der es erlaubt hätte, eine durchschlagende Propaganda ins Werk zu setzen. Als der Krieg ausgebrochen war, musste beispielsweise die britische Regierung eng mit dem Presseimperium des Lord Northcliffe zusammenarbeiten, um Meinungspolitik machen zu können. Das war anderswo ähnlich. In Deutschland wurden erst 1916 die Grundlagen für eine effiziente Propagandaarbeit geschaffen.

Dennoch waren die Entscheidungsträger schon vor dem Krieg bemüht, auf die öffentliche Meinung Einfluss zu nehmen. Gegen die politischen Öffentlichkeiten in Europa konnte nur schwerlich Politik betrieben werden. Um 1910 hatten die

28 Zitiert nach Ebd., 3.

29 Zitiert nach Clark, *Die Schlafwandler*, 298.

meisten europäischen Regierungen Pressebüros oder hielten sich eigene Zeitungen, mit denen sie ein Stück weit in die öffentliche Meinung eingreifen konnten. Es gab sogar eine eigene Zeitungsdiplomatie. Regierungen lancierten in ihnen nahestehenden Blättern – in Frankreich war es *Le Temps*, in Deutschland die *Kölnische Zeitung* – Artikel, die zu aktuellen politischen Fragen Stellung nahmen. In den Hauptstädten, wo die europäische Presse aufmerksam beobachtet und ausgewertet wurde, versuchte man dann, die in solchen Artikeln verborgenen Botschaften zu deuten. Allerdings verursachte diese Politik auch Missverständnisse, man konnte nie sicher sein, ob hinter den veröffentlichten Drohungen oder Aufrüstungsplänen tatsächlich eine Regierung oder ein eifriger Journalist steckte.

Auch in anderen Fällen spielten Politiker mit dem Feuer. Vor allem bei der enorm kostenintensiven Rüstung, für die in Deutschland, Frankreich und Großbritannien immer die Zustimmung der Parlamente erforderlich war, kam es zur „Mobilisierung der öffentlichen Meinung“, wie die Historiker Volker Berghahn und Wilhelm Deist betonten. In Deutschland wurde bereits um 1900 das Flottenbauprogramm mit vonseiten des Staates lancierten Presseartikeln und Vereinsgründungen populär gemacht.

Ein Beispiel dafür, wie chaotisch die Pressepolitik verlaufen konnte und wie sie zugleich die politischen Fronten in Europa widerspiegelte, ist die zweite Marokkokrise 1911. Da die deutsche Regierung uneins war, wie mit den unter einem Vorwand begonnenen französischen Truppenlandungen in Nordafrika umzugehen sei, konnte der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Alfred von Kiderlen-Wächter, die Initiative ergreifen. Er verlangte Kompensationen für Deutschland und entschied sich dafür, die nationalistische Presse hinter sich zu versammeln, um sich innenpolitisch mit seinem Kurs durchsetzen zu können. Das misslang gründlich. Die extremen Forderungen nach einer deutschen Kolonie in Marokko, die von der Presse vorgebracht wurden (und die für die politische Linie des Staatssekretärs nicht unbedingt hilf-

reich waren), hatten ein verheerendes Echo im Ausland. Es war umso negativer für Deutschland, weil beispielsweise die Regierung in London die britische Presse vom eigenen Kurs zu überzeugen vermochte. So schrieb der Leiter der Außenpolitik bei der Times an den Deutschlandkorrespondenten, es gehe vor allem darum, die eigenen Interessen zu verteidigen und das Entente-Bündnis zu stärken. „Darin sind wir uns, wie unsere führenden Politiker es vorgemacht haben, einig.“³⁰ In der Tat gab es auf der höchsten politischen Ebene Äußerungen, die auf diese Weise interpretiert werden konnten. Bekannt geworden ist die Mansion-House-Rede, die Schatzkanzler David Lloyd George auf dem Höhepunkt der Krise im Juli 1911 gehalten hatte. Ohne sie namentlich zu erwähnen warnte er die Deutschen eindringlich vor einer Machtexpansion. Sollte eine Situation eintreten, in der der Großmachtstatus Großbritanniens in Frage gestellt, seine Ehre bedroht und seine Lebensinteressen in Gefahr seien, wäre es bereit, einen Krieg zu führen. Lloyd George unterstrich damit, dass Großbritannien auf Seiten Frankreichs stand. Kiderlen-Wächter war dagegen bemüht, die Krise auf Deutschland und Frankreich zu begrenzen. Daher versuchte er verzweifelt zu verhindern, dass die deutsche Presse die Rede als Einmischung Großbritanniens interpretierte. Dass das misslang zeigt nur zu deutlich, dass eine Pressepolitik ein zweischneidiges Schwert war und sich die Zeitungslandschaft nicht so leicht kontrollieren ließ.

Nach den beiden Marokkokrisen waren auch einige Journalisten darüber erschrocken, was eine nationalistische Berichterstattung angerichtet hatte. Einige Briten bezeichneten vor allem die skandalheischende „Yellow Press“ als „Teufelszeug“, die Deutsche Tageszeitung beklagte 1910, dass einige Blätter nur die „niedrigen Instinkte und Sensationsbedürfnisse der breiten Masse“ bedient hätten.³¹ In der Folge

30 Zitiert nach Geppert, Pressekriege, 285.

31 Zitiert nach Ebd., 352.

kam es zu gegenseitigen Besuchen von Journalisten beider Länder, an denen aber längst nicht alle Redaktionen der großen Zeitungen teilnahmen.

Auch die französische Regierung versuchte, für die großen Armeerüstungen von 1913 die Unterstützung breiter Bevölkerungsteile zu gewinnen, indem sie durch Presseartikel die Angst vor einer deutschen „*attaque brusquée*“ schürte. Da diese Kampagne in Wahrheit hauptsächlich innenpolitische Motive hatte – sie sollte die Exekutive stärken und richtete sich gegen die Linke – trug sie eher zur gesellschaftlichen Spaltung bei, als die Öffentlichkeit hinter der Rüstungspolitik der Regierung zu versammeln. Überdies hatte sie eine fatale außenpolitische Wirkung, weil deutsche Politiker und Journalisten natürlich die innerfranzösischen Diskussionen beobachteten, sie auf mögliche Folgen für das Reich überprüften und Antworten formulierten. Das heizte die gespannte Atmosphäre zwischen beiden Staaten an.

Die Regierungskampagne in Frankreich verschärfte auch den ohnehin erstarkenden Nationalismus und kräftigte die rechtsnationalen Verbände wie die *Ligue d'Action française*. In Italien gründeten Nationalisten 1910 die *Associazione Nazionalista Italiana*, die wie die anderen europäischen Rechtsparteien auch selbstverständlich über eine eigene Zeitung, die *L'Idée Nazionale*, verfügte. Jenseits dieser radikalen Verbände erinnerten Kriegervereine, die häufig in die lokale Festkultur integriert waren, an militärische Werte und die kriegerische Geschichte. Veteranen genossen vor allem in Deutschland und Frankreich ein hohes Ansehen. Auch wenn sie vor einem Krieg warnten, weil sie seine Schrecken kennengelernt hatten, verbreiteten sie populäre Kriegserzählungen. Das mag die nachgeborenen Generationen unter einen gewissen Legitimationsdruck gesetzt haben, sich ebenfalls einmal in den Dienst der Nation zu stellen und so ihre Männlichkeit und Kampfkraft zu beweisen.

In der Tat waren große Teile der europäischen Jugend Mitglied in paramilitärischen Verbänden. Der 1911 gegrün-

dete „Jungdeutschlandbund“ erfreute sich der tatkräftigen Unterstützung der Armee. Er gab die „Jungdeutschland-Post“ heraus, in der es 1913 hieß: „[S]till und tief im deutschen Herzen muß die Freude am Krieg und ein Sehnen nach ihm leben, weil wir der Feinde genug haben“.³² Auch in Frankreich erfreuten sich die „Sociétés de préparation militaire“ staatlichen Beistands. Beide Staaten banden die Jugendorganisationen um 1910 bei offiziellen Festakten verstärkt ein. In Großbritannien gab es in Public Schools und Universitäten ein militärisches Training, das auch bei den 1908 vom britischen General Robert Baden-Powell gegründeten „Boy Scouts“ eine Rolle spielte. Solche Entwicklungen riefen Kritik hervor. Es existierten zahlreiche unabhängige Jugendverbände, die sich vom militaristischen Gedankengut distanzieren. Sie waren jedoch bereit, die Nation zu verteidigen, sollte es zu einem Krieg kommen.

Viele der nationalistischen Parteien und Verbände in Deutschland legten sich solche Jugendorganisationen zu, weil sie um die Beeinflussbarkeit der Jugend wussten. Sie forderten eine nationale Politik und agitierten offen für den Krieg, zur Not auch gegen die Reichsleitung. Daher war Reichskanzler Bethmann Hollweg äußerst zurückhaltend, 1913 eine Kampagne für die Aufrüstung zu entfesseln. Gleichwohl war der Geist in Deutschland aus der Flasche. Im Zuge der Rüstungsdebatte gründete sich 1912 der Deutsche Wehrverein, der zusammen mit dem Alldeutschen Verband oder dem Flottenverein (mit 1.100.000 Mitgliedern) und Teilen der Presse ins rechtsnationalistische Horn blies. In Großbritannien propagierten Navy League und National Service League (zusammen 300.000 Mitglieder) weitere Rüstungsanstrengungen und sorgten dafür, dass das Militär an Ansehen gewann. Die Navy League war für den Staatssekretär

32 Zitiert nach Andreas Gestrich, „Leicht trennt sich nur die Jugend vom Leben“ – Jugendliche im Ersten Weltkrieg, in: Rolf Spilker/Bernd Ulrich (Hg.), Der Tod als Maschinist. Der industrialisierte Krieg 1914–1918, Bramsche 1998, 32–45, 35.

im Reichsmarineamt, Alfred von Tirpitz, 1897 ein Vorbild für eine deutsche Flottenpropaganda. 1896 befürchtete Tirpitz, „daß unser Reich im kommenden Jahrhundert von seiner Großmachtstellung herabsinkt, wenn nicht energisch ohne Zeitverlust und systematisch unsere gesamten Seeinteressen vorwärts getrieben werden. [...] Dem deutschen Binnenlande muß glaubhaft gemacht werden, daß die heutige Ausgabe für die Marine eine schlechte Geldanlage darstellt und erst bei gewisser Amelioration [Verbesserung] die eigentliche Rentierung der Flotte anfängt, gerade wie man einem starken Pferd genug Hafer geben muß, um es mit Vorteil verwerten zu können.“³³ Der 1898 mit maßgeblicher Unterstützung Tirpitz' aus der Taufe gehobene Deutsche Flottenverein war rasch ungleich erfolgreicher als sein britisches Vorbild (allerdings auch, weil ihm ganze Vereine geschlossen beitraten). Das führte wiederum dazu, dass die britische Admiralität neidisch auf die effektive Propaganda der deutschen Organisation blickte, wobei sich beide Parteien von den Werbekampagnen der Industrie inspirieren ließen. Der Erste Seelord der britischen Flotte, Admiral John Fisher, schrieb 1905: „Man muss nur dasselbe lange genug betonen, dann wird es jeder glauben! ‚Pearsseife ist die beste Seife‘ – schließlich kaufst du ein Stück von dem scheußlichen Zeug!“³⁴

In allen Großmächten war es nötig, für die Flottenpolitik zu werben, denn sie war außerordentlich kostspielig. Es bestand nur dann Hoffnung darauf, dass die Parlamente den teuren Schiffsbauten zustimmten, wenn die Abgeordneten und die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit solcher Ausgaben überzeugt waren. Das Reichsmarineamt unterhielt deshalb ein eigenes Nachrichtenbüro, das auf die Presse zuging, wissenschaftliche Arbeiten auf dem Gebiet der Seefahrt veröffentlichte, sich bekannte Fürsprecher einkaufte und politi-

33 Abgedruckt in Volker R. Berghahn/Wilhelm Deist, *Rüstung im Zeichen der wilhelminischen Weltpolitik. Grundlegende Dokumente 1890–1914*, Düsseldorf 1988, 196f.

34 Zitiert nach Geppert, *Pressekriege*, 245.

sche Organisationen unterstützte. In diesem Zusammenhang plante man sogar, ein Buch über einen Zukunftskrieg zu veröffentlichen. Der „Zweck“ sei, so Tirpitz, „dem deutschen Publikum klar zu machen, daß es die Gefahr eines Krieges mit England unterschätzt und darum verständiger sein muß. Indirekter Appell für die Vergrößerung der deutschen Flotte.“³⁵ Obgleich das Szenario teilweise von Grauthoffs Buch „1906“ abwich, sollte es im selben Jahr spielen und der Leserschaft dieselbe Botschaft vermitteln. Das macht deutlich, dass vonseiten der Marine das propagandistische Potential von Kriegsromanen erkannt wurde.

Waren manche der politischen Verbände mit Billigung der Regierungen entstanden und wurden (vor allem finanziell) von ihr gefördert, entwickelten sie zunehmend ein Eigenleben und setzten die Politik durch eine aggressive Agitation erheblich unter Druck. Indem die nationalistischen Vereinigungen immer wieder die Unausweichlichkeit eines Krieges betonten, wollten sie die Kriegsbereitschaft erhöhen. Vor allem wurden sie zu Fürsprechern umfassender Rüstungsvorhaben. Der Deutsche Wehrverein griff aktiv in die Debatte um die Heeresvorlage ein, wobei er vor allem unter dem Eindruck der jüngsten Machtverschiebungen auf dem Balkan stand. „Der Ausgang des Krieges“, in dem eine Koalition von Serben und Bulgaren dem Osmanischen Reich große Territorien abgenommen hatten, bedeute eine „stetige ernste Bedrohung Österreichs. Mag zunächst wieder Friede werden; der habsburgischen Monarchie wird der Kampf ums Dasein nicht erspart bleiben.“ Die Stärkung der Balkanstaaten, die von Frankreich und Russland unterstützt wurden, musste – hier machte sich das Denken in Bündnissen bemerkbar – zwangsläufig zu einer Schwächung Österreichs führen. „Österreichs Zerfall würde das Deutsche Reich inmitten feindlicher und übermächtiger Nachbarn den schwersten Gefahren aussetzen.“ Es gehe nicht darum, „Krieg zu wollen“, Deutschland

35 Abgedruckt in Berghahn/Deist, Rüstung, 211.

wolle vielmehr „behaupten, was es hat“.³⁶ Diese Überlegungen machen deutlich, dass eine Aufrüstung nicht allein deshalb gefordert wurde, weil die nationalistischen Gruppierungen den Krieg erstrebten, sondern weil sie die deutsche Großmachtposition gefährdet sahen. In manchen Reden und Pamphleten schossen besonders radikale Vertreter dennoch über dieses Ziel hinaus. Sie forderten eine expansive Kolonialpolitik und hielten einen Krieg für sinnvoll, weil er heilsame Folgen für die Bevölkerung habe.

Doch diese Ansichten wurden nur von einer absoluten Minderheit geteilt. Gegen eine solche kriegerische Stimmungsmache sprachen sich Vertreter großer Bevölkerungsgruppen aus. Katholiken wandten sich allein schon aus einer christlichen Gesellschaftsauffassung heraus für Humanität und Gerechtigkeit. Sie standen einem Staat skeptisch gegenüber, dessen Vormacht, Preußen, das katholische Österreich 1866 ausgebootet und dafür gesorgt hatte, dass das Reich weitgehend protestantisch geprägt war und Katholiken in der Minderheit blieben. Die Sozialisten waren von allen politischen Parteien am stärksten international ausgerichtet und beäugten allein schon deshalb den Militarismus und Nationalismus sehr kritisch. 1905 verkündeten die Sozialdemokraten, dass sie bei einem Präventivkrieg des Reiches gegen Frankreich in den Massenstreik treten würden. Das war eine ernste Drohung, denn in einem langen Krieg war die Mobilisierung der gesamten Bevölkerung und aller nationaler Ressourcen für den Kriegszweck vonnöten. Auch Militärparaden lehnten sie ab, stattdessen veranstalteten sie eigene Feiern, in denen es um Völkerverständigung ging. Damit demonstrierten sie, dass sie die Symbolik des Kaiserreiches ablehnten. In Frankreich beschränkten sich die Sozialisten sogar nicht nur darauf, alternative Feiern zu veranstalten. Sie störten 1907 und 1913 die Militärparaden der Republik, weil die Armee zuvor

36 Abgedruckt in ebd., 234.

immer wieder eingesetzt worden war, um Streiks niederzuschlagen. In Deutschland wie in Frankreich wehrten sich die sozialistischen Parteien ebenso wie die Gewerkschaften vehement gegen eine Verlängerung des Militärdienstes, weil sie eine Indoktrinierung der Arbeiter mit militaristischem Gedankengut fürchteten. Die deutschen Sozialdemokraten sahen in der Armee die Vormacht des Adels und der konservativ-monarchischen Eliten verkörpert, die es zu brechen gelte. Es mag erstaunen, dass der berühmteste Sozialdemokrat, der „Arbeiterkaiser“ August Bebel, allerdings weniger die Armee selbst als vielmehr ihre mangelnde Kriegsfähigkeit tadelte. 1901 rügte er vor dem Reichstag den „veralteten militärischen Krimskrams“ – die Paraden, die ineffizienten und unrealistischen Manöver – die „mit dem eigentlichen Zweck der Kriegsausbildung nicht das Geringste zu tun“ hätten.³⁷ Weit davon entfernt, Kriegstreiber zu sein, ist es doch bemerkenswert, dass sich vor allem der starke rechte Parteiflügel der SPD keineswegs grundsätzlich gegen einen Krieg aussprach, sondern die mangelnde Einsatzbereitschaft des Heeres kritisierte. Zugleich wandte er sich vehement gegen den Militarismus und sinnlose militärische Traditionspflege in der Gesellschaft.

37 Zitiert nach Bernhard Neff, „Dekorationsmilitarismus“. Die sozialdemokratische Kritik eines vermeintlich nicht kriegsgemäßen Militärwesens (1890–1911), in: Wolfram Wette (Hg.), Schule der Gewalt. Militarismus in Deutschland 1871 bis 1945, Berlin 2005, 91–110, 98.

IV. Krise oder Krieg? Europa 1911–1914

Aus den großen politischen Krisen zogen die Großmächte jeweils ihre eigenen Lehren. Die deutschen Militärs waren überzeugt, sich allein auf Österreich-Ungarn verlassen zu können, das allerdings mit den Folgen der Kriege auf dem Balkan erst umzugehen lernen musste. Vor allem das von Russland unterstützte Serbien machte sich daran, zur neuen Vormacht an der Südostflanke des Habsburgerreiches zu werden, was zwischen 1912 und 1913 gleich zwei Balkankriege auslöste. Österreich-Ungarn selbst, das sich an keinem der Kriege militärisch beteiligte, sah sich dadurch unmittelbar bedroht und zog die fatale Lehre: „Unsere wirklichen Lebensinteressen für die Zukunft sind ohne Machteinsatz und ohne Kampf nicht zu bewahren“.³⁸ Das Denken in Bündnissystemen begann, die Köpfe von Politikern und Militärs zu beherrschen und ihre Weltwahrnehmung zu beeinflussen. Das deutsche Militär behauptete 1912 sogar, dass „in der Triple Entente starke offensive Tendenzen vorhanden“ seien, während der Dreibund einen rein defensiven Charakter habe. Russland wolle auf Kosten Österreich-Ungarns die Vormacht des Balkans werden, Frankreich seine „verlorenen Provinzen“ Elsass und Lothringen zurückerobern, Großbritannien dem „Alpdruck“ der deutschen Flotte entkommen. „Deutschland will dagegen nur seinen Besitzstand wahren.“³⁹ So wie Großbritannien und Frankreich das Deutsche Reich als Friedensstörer wahrnah-

38 Denkschrift des österreich-ungarischen Generalstabs vom Oktober 1912, zitiert nach Michael Epkenhans, *Europa am Abgrund? Großmächte zwischen Krisendiplomatie und Aufrüstung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 63 (2013) Nr. 12, 9–14, 10.

39 So hieß es in der eingangs erwähnten Denkschrift Moltkes von 1912, abgedruckt in Ludendorff (Hg.), *Urkunden*, 53f.

men, weil es ebenfalls weltpolitische Ansprüche anmeldete, waren es aus deutscher Sicht die Ententemächte, die den europäischen Status quo und damit den Frieden bedrohten.

Ein Streben nach totaler Sicherheit begann die Politik zu beherrschen. „Wenn wir uns zugleich auf Russland und England stützen könnten, wie stark wären wir dann Deutschland gegenüber!“, fabulierte der französische Außenminister Théophile Delcassé 1904. Sein britischer Kollege Edward Grey mutmaßte 1906, dass ein solches Bündnis (das bis dahin noch gar nicht bestand) „absolut sicher“ sein würde und Deutschland in Schach halten könne.⁴⁰ Allerdings hatte eine solche Sicherheitspolitik zwei Konsequenzen. Erstens bedeutet „das Streben nach absoluter Sicherheit für die eine Seite die völlige Unsicherheit der anderen Seite“, wie der Historiker Klaus Hildebrand festgestellt hat.⁴¹ Die Folge der Stärkung der britisch-französisch-russischen Allianz war, dass sich deutsche Politiker und Militärs eingekreist und bedroht fühlten. Deshalb versuchten sie verzweifelt (und oftmals mit den letztlich nutzlosen Mitteln der Machtpolitik), das gegnerische Bündnissystem aufzubrechen und das Habsburgerreich auch zu einem hohen Preis (nämlich einem Krieg) an der eigenen Seite zu halten. Vor diesem Hintergrund werden die Präventivkriegsforderungen einiger deutscher Militärs verständlich. Zweitens machte die Sicherheitspolitik den Krieg, wenn er denn da war, noch gefährlicher, denn unweigerlich würden alle in den Bündnissystemen verpflichteten Großmächte beteiligt sein – die Begrenzung eines Konflikts an der Peripherie war nicht mehr möglich. Dieser Fall trat 1914 ein, als der von Österreich-Ungarn betriebene Krieg gegen Serbien nicht mehr lokalisiert werden konnte, sondern notwendigerweise die Bündnisse mitriss.

Doch gab es auch Versuche, eine Verständigungspolitik (Détente) zu betreiben und dem gefährlichen Blockdenken zu

40 Zitiert nach Hildebrand, „Staatskunst und Kriegshandwerk“, 18.

41 Ebd., 19.

entkommen. Sobald ein ernsthafter Konflikt zwischen zwei Großmächten drohte, schalteten sich rasch auch die übrigen Bündnispartner ein, weil die Frage nach Krieg und Frieden nicht nur bilaterale Konsequenzen hatte, sondern wegen der Verträge alle Mächte betraf. Auf diese Weise konnten die Bündnisse Konflikte sogar vermeiden helfen. Wenn die Verbündeten signalisierten, dass sie einem Waffengang kritisch gegenüberstanden, lag es nahe, wegen mangelnder Unterstützung besser keinen Krieg zu riskieren. Es fanden zudem durchaus bilaterale Gespräche zwischen Deutschland und Großbritannien (beispielsweise in der Flottenfrage) statt. Kaiser und Zar trafen sich mehrmals, um Fragen der großen Politik zu besprechen. Wilhelm II. meinte 1913 sogar, durch ein Gespräch mit Nikolaus II. auf der Hochzeitsfeier seiner Tochter in Berlin „das Balkanproblem gelöst“ zu haben.⁴² Auch zwischen der Habsburgermonarchie und dem Zarenreich gab es Verhandlungen wegen des Balkans, der als gemeinsame Interessensphäre angesehen wurde. Die Détente macht deutlich, dass es keinen geraden Weg in den Ersten Weltkrieg gab, sondern Alternativen möglich waren.

Europa, bedingt kriegsbereit

Letztlich führten all diese Gespräche allerdings nur in seltenen Fällen zu handfesten politischen Vereinbarungen. Zu sehr waren die Politiker Europas von einem Sicherheitsdenken gefangen genommen, das wegen der grundsätzlich nationalistischen und imperialistischen Politik aller Mächte notwendig schien. Solange die politischen und militärischen Entscheidungsträger diese gefährliche Mentalität nicht ablegten, ließen sich die grundsätzlichen politischen Konflikte in Europa nicht lösen. Ein berühmter und international

42 So Bethmann Hollweg, zitiert nach Epkenhans, Europa am Abgrund, 9.

anerkannter deutscher Historiker schrieb 1913: „Wir sind nicht der Meinung, daß wir nur und ausschließlich durch einen großen Krieg unsere weltpolitische Zukunft und unseren Anteil an der Welterschließung sichern können. Die überwältigende Mehrheit unseres Volkes wünscht beides im Frieden durchzusetzen“. Die Deutschen wollten „den Frieden, aber wenn uns der Krieg durch unabweisbare Notwendigkeit aufgedrängt wird, dann wollen und müssen wir siegen, um jeden Preis und unbedingt und mit dem äußersten Aufgebot der Volkskraft“.⁴³ Diese Äußerung Friedrich Meineckes zeigt, dass das Denken in imperialistischen und nationalistischen Kategorien keineswegs auf die politische und militärische Führung beschränkt war, sondern von breiteren gesellschaftlichen Kreisen geteilt wurde. Die wortmächtigen Intellektuellen wie Meinecke, aber auch Presseartikel und Bücher verbreiteten es in Wort und Schrift. Kriegsbilder, Kriegserwartungen und Militarismus waren nicht allein durch gezielte Propaganda „von oben“ entstanden. Sie wurden stattdessen in einer von Staat und Gesellschaft geprägten Öffentlichkeit verhandelt und basierten auf einem Gedankengut, das unter den Zeitgenossen breiten Rückhalt hatte. Es war durch die Tätigkeit von Vereinen, bei Paraden oder in der Literatur besonders präsent. Die europäischen Gesellschaften waren militarisierte Gesellschaften. Die Alltäglichkeit des Militärischen zeugt von einer gewissen Akzeptanz soldatischer Werte und Normen, mochten diese auch von der Friedensbewegung verurteilt werden. Aber selbst Kritiker des Militarismus lehnten einen Krieg nur selten vollständig ab, sondern erkannten ihn als notwendige Begleiterscheinung der Politik an. Ihnen ging es vor allem darum, auf seine fatalen Auswirkungen hinzuweisen. Damit wollten sie die Hemmschwelle, einen Krieg auszulösen, erhöhen und seine Folgen begrenzen.

43 Zitiert nach Konrad Canis, *Der Wer in den Abgrund. Deutsche Außenpolitik 1902–1914*, Paderborn 2011, 520f.

Militärische Werte und Normen engten den politischen Handlungsspielraum zunehmend ebenso ein wie der Sicherheitsfanatismus von Politik und Militär, der letztlich das Risiko von Krise und Krieg steigerte und zu wachsenden Unsicherheiten führte. Vor allem in Deutschland, Österreich-Ungarn und Russland, aber auch in Frankreich war das Denken in militärischen Kategorien unter den politischen Entscheidungsträgern verbreitet. Die Großmächte betrieben eine Politik der nationalen Stärke und begriffen das internationale System zunehmend als Konfliktfeld der Bündnissysteme. Die Deutungshoheit der Militärs war gefährlich, denn manche Politiker fühlten sich dazu gedrängt, ihr Handeln auf die Lösungsvorschläge der Generäle auszurichten. Diese rieten vor allem zur Aufrüstung und zur Stärkung der nationalen Kriegsbereitschaft, in Deutschland sogar zu einem Präventivkrieg, weil sie ihre Rüstungsforderungen durchsetzen wollten.

Die Deutschen waren ebenso wie Briten und Franzosen bereit, ihre Nation zu verteidigen. Doch ein mutwillig vom Zaun gebrochener Angriffskrieg würde kaum dazu geführt haben, dass die Bevölkerung „einmütig und begeistert“ in den Kampf gegangen wäre, wie von den Militärs erhofft und für nötig befunden. Vielmehr hätte er mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Protestwelle hervorgerufen, womit die Mobilisierung für den erwarteten Volkskrieg erschwert worden wäre. Allein das Gefühl, einen Verteidigungskrieg zu führen, mochte gewährleisten, dass die Europäer bereitwillig in den Krieg zogen.

Dass ein Krieg der Großmächte viele Opfer kosten würde, hatte der letzte Balkankrieg gezeigt. 1913 kam eine Untersuchungskommission zu dem Urteil, dieser sei so verheerend gewesen, weil der Krieg „nicht nur von den Armeen, sondern von den Völkern selbst geführt“ wurde.⁴⁴

44 Zitiert nach Sheehan, Kontinent der Gewalt, 84.

Das ständige Gerede vom Krieg mochte die Kriegserwartungen in Teilen von Politik und Gesellschaft phasenweise erhöht haben. Es setzte jedoch keinen Automatismus in Gang, der die Mächte auf den großen Krieg zusteuern ließ. Schließlich war es bislang immer gut gegangen. Das verleitete zu der Ansicht, dass ein Krieg eher unwahrscheinlich sei. Unter diesem Eindruck stellte der Kanzlerberater Kurt Riezler 1913 sogar die Theorie auf, dass es in der europäischen Diplomatie große Vorbehalte gebe, einen Krieg zu riskieren. Dies müsse man kaltblütig ausnutzen. Eine solche kalkulierte Sorglosigkeit hat, gepaart mit dem Eindruck, das Dilemma der unsicheren internationalen Politik sei unlösbar, zu einem leichtfertigen Umgang mit Krisen und Kriegsgefahren geführt. Weil man in Europa keinen Krieg erwartete, ihn aber in Kauf nahm, haben in der Julikrise 1914 schließlich alle beteiligten Staaten einen großen Krieg sicher nicht herbeigesehnt, aber ins Kalkül gezogen. Die Unwahrscheinlichkeit eines Krieges, von der viele Zeitgenossen überzeugt waren, erhöhte die Kriegsgefahr – zumal kaum einer der Meinung war, Kriege seien grundsätzlich verdammenswert. „Krieg ist nicht wahrscheinlich, aber möglich“, stand 1912 in einem französischen Schulbuch zu lesen. „Deshalb hat sich Frankreich bewaffnet und ist jederzeit bereit, sich zu verteidigen.“⁴⁵ Dieses Zitat bringt die bedingte Kriegsbereitschaft auf den Punkt, die in den europäischen Nationen verbreitet war. Herbeigesehnt haben die Europäer einen Krieg sicherlich nicht, wie die ambivalenten Reaktionen auf den Kriegsausbruch 1914 zeigen. Allerdings waren sie bereit, einen Krieg unter bestimmten Bedingungen in Kauf zu nehmen.

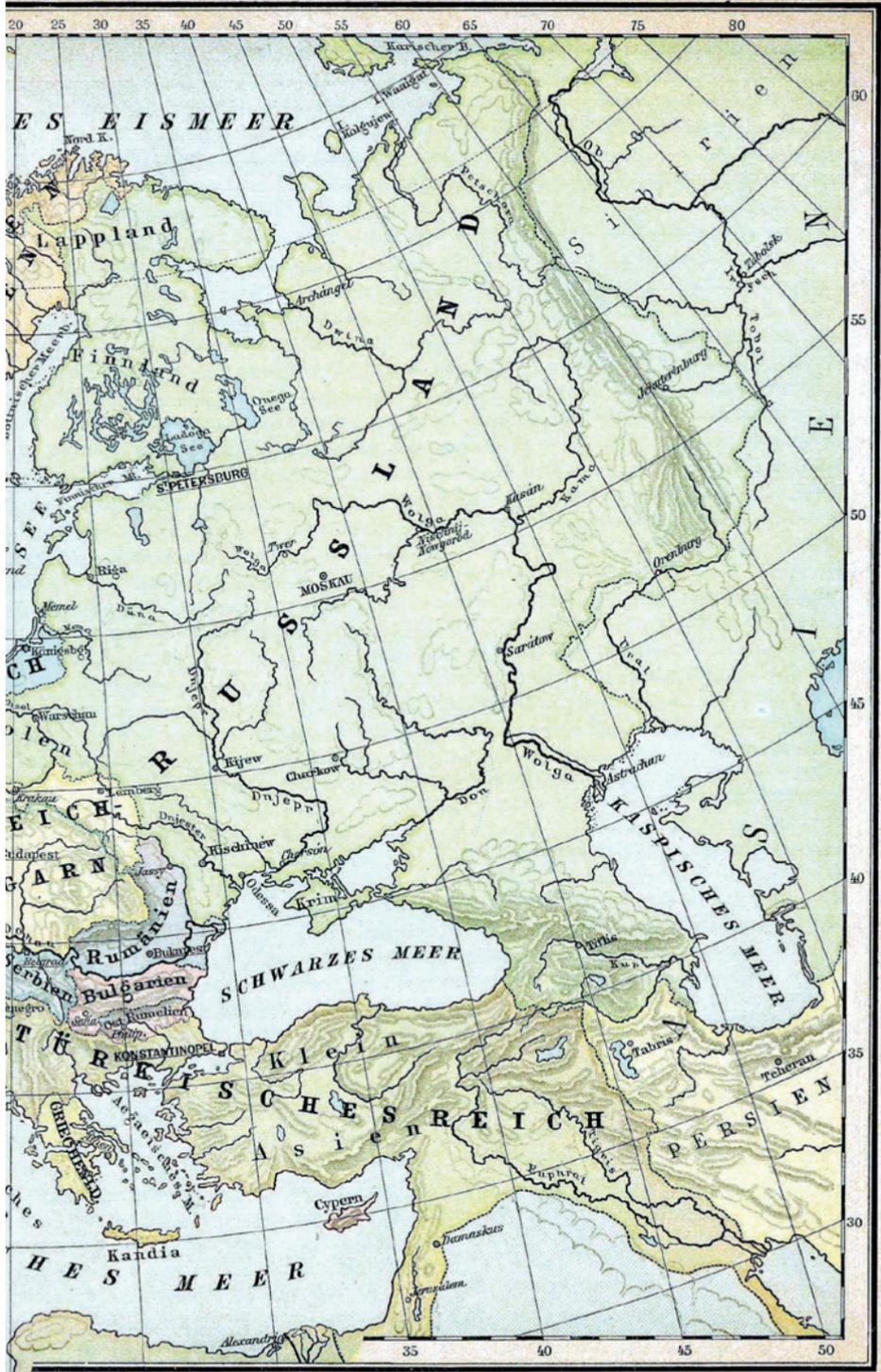
45 Zitiert nach Holger Afflerbach, *The Topos of Improbable War in Europe Before 1914*, in: ders./David Stevenson (Hg.), *An Improbable War. The Outbreak of World War I and European Political Culture Before 1914*, New York, Oxford 2007, 161–182, 167.

Literatur

Dieser Text ist eine erheblich erweiterte Fassung meines Artikels *Bedingt kriegsbereit. Kriegserwartungen in Europa vor 1914*, der in *Aus Politik und Zeitgeschichte* 63 (2013) Nr. 12, 22–27 erschienen ist (abrufbar unter < <http://www.bpb.de/apuz/156343/vorkrieg-1913> >). Neben den in den Fußnoten erwähnten Werken habe ich unter anderem folgende Publikationen herangezogen:

- Afflerbach, Holger/Stevenson, David (Hg.), *An Improbable War. The Outbreak of World War I and European Political Culture Before 1914*, New York, Oxford 2007
- Angelow, Jürgen, *Der Weg in die Urkatastrophe. Der Zerfall des alten Europa, 1900–1914*, Berlin 2010
- Canis, Konrad, *Der Weg in den Abgrund. Deutsche Außenpolitik 1902–1914*, Paderborn 2011
- Dülffer, Jost, *Imperialismus und Weltkrieg. Internationale Beziehungen 1878–1918*, Paderborn 2012
- Förster, Stig, *Sicherheitspolitik unter den Bedingungen des staatlichen Gewaltmonopols. Die Tendenz zum totalen Krieg, 1792–1945*, 5.11.2012, online: http://portal-militaergeschichte.de/foerster_sicherheitspolitik_gewaltmonopols
- Hamilton, Richard F./Herwig, Holger H. (Hg.), *The Origins of World War I*, Cambridge 2003
- Hildebrand, Klaus, *Deutsche Außenpolitik 1871–1918*, 3. Aufl. München 2008
- Kießling, Friedrich, *Gegen den großen Krieg? Entspannung in den internationalen Beziehungen 1911–1914*, München 2002

- Krumeich, Gerd, Juli 1914. Eine Bilanz, Paderborn 2014
- Mombauer, Annika, Helmuth von Moltke and the Origins of the First World War, Cambridge 2001
- Neitzel, Sönke, Kriegsausbruch. Deutschlands Weg in die Katastrophe 1900–1914, München 2002
- Stevenson, David, Armaments and the Coming of War in 1914, London 1993
- Storz, Dieter, Kriegsbild und Rüstung vor 1914. Europäische Landstreitkräfte vor dem Ersten Weltkrieg, Herford 1992
- Vogel, Jakob, Nationen im Gleichschritt. Der Kult der „Nation in Waffen“ in Deutschland und Frankreich, 1871–1914, Göttingen 1997



1:24.000.000



„Krieg ist nicht wahrscheinlich, aber möglich“, stand 1912 in einem französischen Schulbuch zu lesen. „Deshalb hat sich Frankreich bewaffnet und ist jederzeit bereit, sich zu verteidigen.“ Dieses Zitat bringt die bedingte Kriegsbereitschaft auf den Punkt, die in den europäischen Nationen verbreitet war. Herbeigeseht haben die Europäer einen Krieg sicherlich nicht, wie die ambivalenten Reaktionen auf den Kriegsausbruch 1914 zeigen. Allerdings waren sie bereit, einen Krieg unter bestimmten Bedingungen in Kauf zu nehmen.